

*Beiträge der Münchener Vojvodina-Konferenz,
13.–14. November 2000*

ZSOLT K. LENGYEL, MÜNCHEN

**„Die Vojvodina –
Chancen und Hindernisse des lokalen Dialogs“
Zur Münchener Tagung vom November 2000**

Das Ungarische Institut München befaßt sich seit gut zwei Jahrzehnten regelmäßig mit der Geschichte und Gegenwart der ungarischen Minderheiten in Ostmitteleuropa. Wegen der nationalitätenpolitischen Konflikte im Rumänien der 1980er Jahre galt sein diesbezügliches Forschungsinteresse zunächst vornehmlich Siebenbürgen. Die sich ausweitende Krise in Jugoslawien drängte es vor drei Jahren dazu, seinen Blick auch der Vojvodina zuzuwenden. Im Frühsommer 1999, rund 16 Monate vor dem Sturz von Slobodan Milošević, begann es mit den Vorbereitungen der Tagung „Die Vojvodina – Chancen und Hindernisse des lokalen Dialogs“, deren Konzeption und Titel es seinem an Interferenzen ausgerichteten Schwerpunktthemas anlich – dies zu einer Zeit, als die Voraussetzungen des Dialogs im Zielgebiet mit die schlechtesten im gesamten Raum waren. Indem die Südosteuropa-Gesellschaft e. V. der Einladung zur Mitveranstaltung gefolgt war, leistete sie eine unentbehrliche Hilfe zur umsichtigen Planung und Durchführung dieses Projekts in der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung, München/Nymphenburg, am 13.-14. November 2000.

Die Vojvodina (*Vajdaság*) umfaßt in der Teilrepublik Serbien der Bundesrepublik Jugoslawien auf rund 21.000 Quadratkilometern Teile der historischen Landschaften Batschka, Banat und Syrmien. Vom Mittelalter bis zum Zweiten Weltkrieg gehörte sie abwechselnd dem Regnum Hungaricum, dem Osmanischen Reich, der Habsburgermonarchie, der Österreich-Ungarischen Monarchie, schließlich dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen an, ohne je eine nennenswerte administrative Eigenständigkeit innerhalb der jeweiligen Staatsformation zu erringen. Nach kriegsbedingter Zergliederung von 1941 bis 1945 erfuhr die Vojvodina erstmals eine verfassungsrechtliche Aufwertung. Als Autonome Provinz der Föderativen Volksrepublik (später Sozialistischen Föderativen Republik) Jugoslawien war sie bis Ende der 1980er Jahre in ein System der Selbstverwaltungen eingefügt. Dessen territoriale und gesellschaftliche Aufbauelemente waren einerseits miteinander, andererseits mit der Republikspitze verzahnt und sollten die Suche nach dem Gleichgewicht für das flächendeckende Völkermosaik abfedern. Die Volkszählung 1981 verzeichnete un-

ter den etwas mehr als zwei Millionen Einwohnern der Vojvodina mehrere Dutzend verschiedene Völker, Nationalitäten und ethnische Gruppen und war somit das kleinräumige Spiegelbild der demographischen Verhältnisse im Nachkriegsjugoslawien.

Die Autonomie der Vojvodina wurde am Ende der 1980er Jahre durch die Rückverlagerung rechts-, wirtschafts-, sicherheits- und bildungspolitischer Kompetenzen an die Bundesregierung erheblich eingeschränkt. Das eigene Parlament, das ihr sowohl eine innerregionale als auch gesamtwirtschaftliche Wirkungsebene verliehen hatte, blieb aber nach der Ausbildung der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) im Rahmen der serbischen Teilrepublik formell erhalten. Über seine Zusammensetzung wurde bei den jugoslawischen Präsidenten- und Parlamentswahlen sowie den serbischen Kommunalwahlen vom 24. September 2000 mit abgestimmt. Mit den am 5. Oktober 2000 eingeleiteten Umwälzungen in Belgrad stand die Bundesrepublik Jugoslawien vor einem Neuanfang. Eine wichtige Weichenstellung für die Vojvodina wurde von den vorgezogenen Neuwahlen des serbischen Parlaments im Dezember 2000 erwartet.

Die Vojvodina als Vielvölkergebiet des seinerseits multiethnischen Jugoslawiens wirft die Frage nach den Perspektiven und Schranken einer Interessenabstimmung in zwei Dimensionen auf: nach einem Ausgleich innerhalb der Region und zugleich einem zwischen Zentrum und Region.

Die Münchener Tagung konzentrierte sich auf den innerregionalen Problembereich im Kontext des serbisch-ungarischen Verhältnisses. In den Zusammenhang zeitgeschichtlicher und aktueller Ereignisse eingebettet, bot sie zwei Arten der Annäherung an ihr Thema. Zum einen brachte sie Sachreferate, die sich mit den verfassungs-, wirtschafts-, innen-, kultur-, nationalitäten-, nachbarschafts- und minderheitenpolitischen Faktoren in der Entwicklung der Vojvodina seit 1945 auseinandersetzen. Zum anderen präsentierte sie in einem – von der Mitveranstalterin organisierten – serbischen und einem – vom Ungarischen Institut zusammengestellten – minderheitsungarischen Block aktuelle Erfahrungsberichte aus der Region selbst. Hier sollten gerade auch die Unterschiede in den Reformvorstellungen der Opposition des Milošević-Regimes deutlich werden. Die überregionalen Bezüge dieses diskursiven Gedankenaustausches blendeten die Ausführungen eines maßgeblichen ungarischen Außenpolitikers ein. An die Einladung eines Belgrader Regierungsvertreters entsprechenden Ranges und gleicher demokratischer Ausrichtung war angesichts des ungewissen Ausgangs des inneren Umbruchs in Jugoslawien nicht zu denken.

Nachfolgend werden diejenigen der vom Ungarischen Institut besorgten Vorträge in ihrer ursprünglichen Reihenfolge dokumentiert, die bei Redaktionsschluß vorlagen.¹

¹ Über die übrigen informieren die Tagungsberichte von Katja Lasch in: Südosteuropa-Mitteilungen 41 (2001) 1, 78-81, und Meinolf Arens, in diesem Band, 475-477.

Die Magyaren in der Vojvodina seit 1944

Im Tagungsthema „Die Vojvodina – Chancen und Hindernisse des lokalen Dialogs“ und in den Titeln der Vorträge werden zwei Problemfelder aufgegriffen: Einerseits die Vojvodina als Region, andererseits die Frage nach der ungarischen Minderheit. Die offiziell immer noch »autonom« genannte Provinz Vojvodina umfaßt jene Teile Jugoslawiens, die bis 1918 Teil der Österreichisch-Ungarischen Monarchie waren. Seit 1988 sind ihre Autonomierechte faktisch stark eingeschränkt. Die Vojvodina ist ein identitäres Kaleidoskop: Bei der Volkszählung 1991 identifizierten sich der Nationalität nach 57 Prozent der etwa zwei Millionen Einwohner als Serben und 17 Prozent oder 342.000 Menschen als Magyaren, von denen bei den Wahlen in den letzten zehn Jahren 80 bis 90 Prozent ungarisch orientierte Parteien gewählt haben. Darüber hinaus gab es Dörfer, deren Einwohner sich als Kroaten, Slowaken, Tschechen, Ukrainer oder Rumänen sahen. Diese ethnische Heterogenität ist im wesentlichen ein Resultat der Bevölkerungspolitik des aufgeklärten habsburgischen Absolutismus. Dieser bemühte sich nach dem Ende der osmanischen Herrschaft, unter anderem serbische Zuwanderer und Flüchtlinge vom Balkan in der Region zu halten, aber auch Siedler aus allen Teilen der Monarchie sowie aus Deutschland ins Land zu holen. Montenegriner, Mazedonier sowie ein weiterer Teil der Serben wurden als verdiente Veteranen angesiedelt. Diese ließen sich nach 1918 vor allem auf enteignetem ungarischen Großgrundbesitz und nach 1945 in den Häusern vertriebener Deutscher nieder, die bis dahin etwa 20 Prozent der Einwohner dieser Region ausgemacht hatten. Aus einer Vielzahl von Gründen hat sich der serbische Bevölkerungsanteil zwischen 1910 und 1991 um 68 Prozent erhöht, wogegen sich der ungarische um 39 Prozent reduzierte.

Die Vojvodina wurde 1945 aus drei Regionen mit relativ ausgebildeten Teilidentitäten und zwei verschiedenen politischen Traditionen zusammengefügt: Nur die Batschka und das Banat, nördlich der Donau, wo der Minderheitenanteil heute besonders hoch ist, gehörten bis 1918 zum historischen Ungarn, und das stärker serbisch geprägte Syrmien zu Kroatien-Slawonien. Mit dem Namen *Vojvodina* (deutsch: »Herzogtum«) knüpften die Kommunisten an das Programm der serbischen Nationalbewegung an, die sich 1848 ein – 1859 wieder aufgelöstes – autonomes Herzogtum in Südungarn erkämpft hatte. In Ungarn galt der Begriff *Vojvodina* bis 1945 als verpönt; man sprach vom *Délvidék*, von dem »Südgebiet«. Erst allmählich identifizierten sich die Ungarn mit diesem Begriff. Zusammengefaßt ergibt sich, daß die Vojvodina als Region nicht mit dem Siedlungsraum der ungarischen Minderheit gleichgesetzt werden kann, wie dies etwa im Kosovo

mit den Albanern der Fall ist. Entsprechend hängen die regionale Autonomie für die Vojvodina sowie die kulturell-sprachliche Selbstverwaltung für die 17 Prozent Magyaren zwar zusammen, doch handelt es sich grundsätzlich um zwei unterschiedliche Fragestellungen.

Die Magyaren stellen die absolute Mehrheit in sieben an der Grenze zu Ungarn gelegen Landkreisen, von denen einer im Banat und sechs in der Batschka liegen. Darüber hinaus haben einige im 19. Jahrhundert entstandene Länderdörfer in der Südvojvodina eine ungarische Mehrheit. Die Großstadt Subotica (*Szabadka*) im Norden der Vojvodina hat eine gemischt slawisch-ungarische katholische Bevölkerung. Diese Stadt stellt als Wirtschafts- und Hochschulstandort zugleich einen infrastrukturellen Gegenpol zu den serbischen Städten der Südvojvodina dar. Die meisten Magyaren gehören der katholischen Kirche an, nur in der Mittelbatschka sind einige Dörfer reformiert. Bis 1941 empfanden sich viele Juden als Magyaren. Zum zahlenmäßigen Rückgang der ungarischen Bevölkerung trug auch die Tatsache bei, daß diese westlich orientierte Gruppe die niedrigste demographische Reproduktionsrate unter den größeren Völkern Jugoslawiens hat. Ferner schrumpfte ihre Zahl durch Assimilation in das Serben- und Jugoslawentum, insbesondere seit den 1970er Jahren als Folge von Urbanisierung beziehungsweise Abwanderung und durch Mischehen.

Die Vojvodina wurde wegen ihres aus Zeiten der Doppelmonarchie stammenden Entwicklungsvorsprunges sowie der dominanten Landwirtschaft auf sehr fruchtbarem Boden als Kornkammer gerühmt und beansprucht. Tatsächlich stellt sie eine der reichsten Regionen Jugoslawiens dar und leistet insbesondere seit 1991 einen überproportionalen Beitrag zum Export. Doch im Widerspruch dazu und zum Stand der sozialen Indikatoren – die Vojvodina hat eine entwickelte Infrastruktur, ein hohes Ausbildungsniveau sowie eine hohe Frauenerwerbstätigkeit auch außerhalb der Landwirtschaft – stehen Defizite bei der Industrialisierung und Urbanisierung. Ohne den Rückgriff auf Bodenschätze blieb die Industrialisierung agrarisch orientiert und hatte einen hohen Anteil nur saisonal Beschäftigter. Ständig hatte das Gebiet gegen Kapitalabfluß zu kämpfen, der sich seit 1918 in Transferleistungen in den unterentwickelten Süden manifestierte. Investitionen erfolgten deswegen sowie aus strategischen Gründen nur wenig. Eine echte Metropole konnte sich lange nicht entwickeln, und es dominierten weitflächige Ackerbürgerstädte in eingeschossiger Bauweise. Verglichen mit Siebenbürgen und der Slowakei haben die Magyaren in der Vojvodina eine besonders ungünstige Sozialstruktur ererbt. Das urbane Bürgertum war schwach entwickelt, ja, sogar noch weniger ausgeprägt als bei Deutschen und Serben. Vor 1918 stand einer schmalen Schicht von Großgrundbesitzern, wenigen Staatsbediensteten und Juden eine große Zahl Landarbeiter gegenüber. Nach den beiden Weltkriegen verließ die ungarische Mittelschicht die Region weitgehend oder wurde während des Holocausts oder bei der kommunistischen Machtergreifung ermordet. Erst

die Bildungsrevolution der 1960er Jahre konnte hier lindernd wirken. Dennoch blieb bis zum heutigen Tag die Abwanderung von besser ausgebildeten jüngeren Magyaren aus dieser peripheren Grenzregion – zumal nach Ungarn – ein anhaltendes Problem.

Während des Zweiten Weltkrieges, in den Jahren 1941-1944, kehrte die Batschka noch einmal zu Ungarn zurück. Für Ungarn bedeutete der Einmarsch in Jugoslawien faktisch den Eintritt in den Zweiten Weltkrieg. Dies stellt bis heute eine moralische Belastung dar, zumal noch 1940 ein jugoslawisch-ungarischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet wurde. Eine erste Enttäuschung war, daß das Banat zwar Ungarn versprochen wurde, aber während des Krieges Teil des von Deutschland besetzten Serbien blieb. Etwa 17.000 Zivilisten sollen während der ungarischen Herrschaft in der Batschka ums Leben gekommen sein. Nur im *Südgebiet* kam es schon während der Horthy-Ära zu einer größeren Mordaktion an Juden und Serben. Die Bilder dieser *Razzia* vom Januar 1942 gingen in die Schulbücher Jugoslawiens ein und wurden in den Romanen von Danilo Kiš sowie Alexander Tišma verarbeitet. In Ungarn wurden diese Geschehnisse der Öffentlichkeit nicht zuletzt durch den Film „Hideg napok“ (*Kalte Tage*) von András Kovács – nach einem Roman von Tibor Cseres aus dem Jahr 1960 – bekannt. In dieser Hinsicht war das Verhältnis Ungarns gegenüber Jugoslawien nach 1945 anders als gegenüber den Slowaken und Rumänen, die ebenfalls Verbündete Deutschlands gewesen waren. Manche Autoren sprechen von einem Schuldkomplex, der auch in der Kosovo-Debatte von 1999 aufflackerte. 1945 wurden die Magyaren aber auch Zeugen von Vertreibung und Ermordung ihrer schwäbischen Nachbarn. Schuld, Angst und Einschüchterung waren wesentliche Komponenten der psychologischen Situation in der Nachkriegszeit.

Die ungarische Herrschaft in der Batschka war trotz der Verbrechen nicht von einem Genozid an den Serben geprägt. Bis zur deutschen Besatzung wurden – außer während der *Razzia* – die Juden zwar diskriminiert, aber nicht ermordet. Gerade während der Regierung Kállay bemühte man sich um eine Mäßigung und suchte den Anschein von Rechtsstaatlichkeit zu wahren, wie zum Beispiel durch serbische Minderheitenvertreter im ungarischen Parlament. In der Batschka und im Banat kam es nur in geringem Umfang zu Partisanenaktivitäten. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zur Situation im damals kroatischen Syrmien, aber auch zu Bosnien und der Krajina. Darin mag man ein entlastendes Moment in den Beziehungen zwischen Magyaren und Serben sehen.

Im Oktober 1944 wurden das Banat und die Batschka von sowjetischen Truppen besetzt, die nach einigen Wochen von den jugoslawischen Partisanen abgelöst wurden. Die erste Zeit der kommunistischen Herrschaft bis Frühjahr 1945 ist gegenüber der ungarischen Mittelschicht als Phase des Terrors zu charakterisieren, die mit Massenerschießungen, Internierungshaft und Mißhandlungen einherging. Eine vergleichbare Situation gab es

weder in Rumänien noch in der Slowakei. Ob ein Befehl für die Verbrechen vorlag, ist nicht bekannt, aber es heißt, Tito habe mündlich seine Zustimmung zur Rache erteilt. Dazu riefen einige Presseartikel auch regelrecht auf.

Die Mordaktionen waren organisiert und fanden offensichtlich unter Aufsicht der Geheimpolizei OZNA statt. Besonders betroffen waren jene Dörfer in der Südost-Batschka, in deren Nähe die *Razzia* von 1942 stattgefunden hatte. Hier wurden die Bewohner ganzer Ortschaften in Zwangsarbeitslager eingewiesen. Massenerschießungen waren typisch für das Gebiet an der Theiß. Die Auswahl der Opfer konnte politischen oder sozialen Kriterien entsprechen oder willkürlich sein. Vor allem Pfarrer, Angehörige der Mittelschicht und Intelligenz, Soldaten sowie Mitglieder der ehemaligen Pfeilkreuzlerpartei waren hiervon betroffen. Um juristische Verfahren handelte es sich nicht, und unter den Opfern dürfte nur eine geringe Anzahl Kriegsverbrecher gewesen sein. Die Schätzungen der Zahl der dabei ums Leben gekommenen weichen erheblich voneinander ab: Die ungarischen Autoren geben eine Zahl um 33.000 an, während der jugoslawische Forscher Aleksandar Kasaš von nur etwa 5.000 Toten spricht. Kasaš stellt interpretatorisch den Racheaspekt in den Vordergrund, während andere Autoren teilweise auf einen ethnischen Haß verweisen, denn viele Täter kamen nicht aus der Vojvodina. Es wird manchmal angenommen, es habe sich um eine politisch motivierte Aktion gehandelt, deren Ziel es gewesen sei, ein Potential auszuschalten, das gegen das kommunistische Jugoslawien opponiert hätte. Djilas berichtet, daß eine Vertreibung der Ungarn erwogen wurde, was jedoch am Einspruch Moskaus scheiterte. Noch im Friedensvertrag von 1947 mit Ungarn war ein Bevölkerungsaustausch vorgesehen. Die Zahl der real Geflohenen und der Emigranten betrug etwa 40.000. Die meisten von ihnen blieben in Ungarn, ungefähr 5.000 gelangten in den Westen, vor allem nach Nordamerika. Die Morde von 1944/1945 waren bis Anfang der 1990er Jahre ein Tabu (außer in dem 1968 erschienenen Roman „Összeroppanás“ [Zusammenbruch] von Nándor Burányi), und jeder Versuch, Kreuze auf den Massengräbern zu errichten, wurde verboten. Lieber arbeitete die Propaganda mit der Petöfi-Brigade, einer zum Teil zwangsrekrutierten ungarischen Partisaneneinheit, die in der Schlußphase des Krieges mit extrem hohen Verlusten gegen SS-Einheiten in der Schlacht von Bolman (*Bolmány*) eingesetzt wurde. Sie wurde Namenspatron zahlreicher Schulen, Straßen, Medaillen.

Mitte 1945 wickelte der Terror den Anstrengungen, das Modell der sowjetischen Nationalitätenpolitik zu etablieren. Die Vojvodina wurde eine autonome Provinz. Um die Minderheit ideologisch erreichen zu können, wurden ein Kulturverband, muttersprachliche Schulen, Kultureinrichtungen sowie Medien für verschiedene Zielgruppen geschaffen. Die inhaltliche Ausrichtung war stalinistisch, typisch waren massenhafte Übersetzungen marxistischer Klassiker. Oft fehlte es den neugegründeten Institutionen an

unbelastetem Personal. Ehemalige ungarische Partisanen wie László Reháč bemühten sich aber auch, beispielsweise mit der Literaturzeitschrift ‚Híd‘ (*Brücke*), das Vorkriegserbe einer autochtonen linken Bewegung unter den Vojvodina-Ungarn herauszustellen. Wirtschaftlich hatte die Region durch Holocaust und Vertreibung wesentliche Teile ihres Fachpersonals verloren.

1952/1953 wurde der Versuch der Kollektivierung der Landwirtschaft rigorosier durchgeführt als in anderen Teilen des Landes, da sich nur hier ein Mittelbauernstum hatte halten können. Gegen den massiven staatlichen Druck kam es zu kleineren Unruhen, und schließlich wurde die Kollektivierung wegen ihres massiven ökonomischen Mißerfolgs im selben Jahr abgebrochen. Während des Kominform-Konflikts wurden die propagandistischen Bemühungen in ungarischer Sprache weiter intensiviert, denn auch Budapest hatte die Minderheit medial ins Visier genommen. Zeitweise verstärkte Jugoslawien seine Militärpräsenz in den ungarischen Siedlungsgebieten. Die anfängliche nationalitätenpolitische Leitlinie wurde ab 1952 durch die Betonung des *jugoslawischen Patriotismus* zurückgenommen, was sich etwa im Verbot eines Festivals im selben Jahr äußerte.

In außenpolitischer Hinsicht spielte die Vojvodina nach 1945 – anders als in der Zwischenkriegszeit – kaum noch eine Rolle, denn die Abkehr vom Revisionismus war das Markenzeichen aller Budapester Regierungen. Fest steht, daß Titos Aussöhnung mit Moskau mit seiner positiven Reaktion auf die sowjetische Intervention 1956 beziehungsweise der Auslieferung Imre Nagys eingeleitet wurde. Der Politologe Andrew Ludanyi glaubte, zeigen zu können, daß dabei auch Besorgnisse vor einem bürgerlich-revisionistischen Ungarn von Bedeutung waren. Seit Ende der 1950er Jahre wurde zunehmend eine *jugoslawien-ungarische Identität* propagiert. Die finanzielle Förderung der Minderheit ging erstmals zurück, und das Regime argwöhnte in den Kulturorganisationen auch politische Nischen. Die jugoslawische Presse dokumentierte Halbstarke- und Fußball-Prügeleien wie die vom September 1959 in Subotica oder im Mai 1957 in Mol (*Mohol*), bei denen ethnische Animositäten eine Rolle spielten. Immerhin bot die Veränderung der militärstrategischen Situation nach 1956, aber auch die Abkehr von einer dogmatischen Industrialisierungsstrategie die Gelegenheit, Investitionen in der Vojvodina zu tätigen. Zu den Zielen gehörte der Ausbau einer voll mechanisierten und international orientierten Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie. Der Anteil der Staatsfarmen und landwirtschaftlichen Kombinate vergrößerte sich durch Zukäufe in den 1960er Jahren stetig: Viele Kolonisten kamen mit der Bearbeitung des ihnen zugewiesenen Landes nicht zurecht; die Kinder strebten nach einer Anstellung außerhalb des Dorfes oder wanderten in die Städte ab, und die neuen sozialen Sicherungssysteme erleichterten den Ausstieg aus der Landwirtschaft. Weitflächige Monokulturen von Mais, Weizen und Sonnenblumen wurden typisch für die Vojvodina.

Die kulturellen und schulischen Möglichkeiten der jugoslawischen Nationalitätenpolitik implizierten in praktischer Hinsicht nicht zwangsläufig eine Chancengleichheit. Den Kommunisten war der symbolische Wert politischer Schlüsselpositionen in den Händen von Minderheitenangehörigen wie Pál Sóti, Nándor Major oder Mátyás Kelemen zwar bewußt. Auf der Ebene der Parteimitgliedschaft – lange Zeit praktisch Karrierevoraussetzung – herrschten in den 1960er Jahren vielerorts *baltische Verhältnisse*: Die Serben, lokal in der Minderheit, dominierten die Vorstände einer serbisch geprägten Partei. Für das Verständnis subtiler Macht- und Einschüchterungsmechanismen in einer gewaltbereiten Diktatur blieb langfristig wichtig, daß Magyaren unter Armeeeoffizieren und selbst Polizisten kaum vertreten waren, während der Zugang zu anderen Bereichen allmählich durchlässiger wurde.

Seit dieser Zeit befand sich der zentralistisch-dogmatische Flügel innerhalb der Partei auf dem Rückzug, und ihr Repräsentant Aleksander Ranković wurde 1966 pensioniert. Der Begriff *Minderheit* wurde 1959 durch *Nationalität* ersetzt. Die Verfassungen von 1963 werteten die Rechte der Kommunen auf und definierten zusätzliche sprachliche Rechte. Amtssprache, Rechtsprechung, Verwaltung sowie das öffentliche Leben wurden in den Minderheitengemeinden mehrsprachig. 1965 wurde ein Sprachbildungsverein mit Tivadar Kongó als Generalsekretär gegründet. Der durch Westkredite finanzierte Wohlstand führte ebenso zu einer wachsenden Akzeptanz des Staates wie eine gewisse innenpolitische Liberalisierung. So konnte zum Beispiel das Taufjubiläum des heiligen Stephan 1970 in der Vojvodina zumindest im kirchlichen Rahmen durchaus begangen werden. Anders als in Kroatien oder dem Kosovo blieben Position und Rückhalt der ungarischen Kommunisten in dieser Zeit zwar zu schwach, als daß sich aus dem Apparat heraus eine populistisch-nationale Massenbewegung hätte bilden können. Mit den emanzipatorischen Impulsen unter einer wachsenden Zahl von Studenten und Jungakademikern wuchs aber die Kritik am autoritären System, wie sie besonders von der Zeitschrift ‚Symposion‘ geübt wurde. 1971 wurde ein Student wegen eines kritischen Artikels zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt; der Chefredakteur Ottó Tolnai erhielt eine Haftstrafe. Zwei Jahre später wurden Vertreter eines sogenannten liberalen Kurses in der Parteiführung der Vojvodina wie Mirko Čanadović ausgewechselt.

Die wichtigsten Verbesserungen in der Minderheitenpolitik gegenüber der Zwischenkriegszeit waren die Einrichtung eines wesentlich vergrößerten Netzes von ungarischen Kindergärten, Grund- und Fachschulen sowie Gymnasien, wobei die Zahl der Schulen seit den 1950er Jahren jedoch ständig schrumpfte. Mitte der 1980er Jahre besuchten nur etwa 75 Prozent der ungarischen Grundschüler eine ungarische Grundschule und 54 Prozent der ungarischen Gymnasiasten eine entsprechende Schule in ihrer Muttersprache. Bereits 1945 wurde eine ungarische Lehrerbildungs-

anstalt in Novi Sad (*Újvidék*) eröffnet, später kam eine weitere in Subotica (*Szabadka*) hinzu. Seit Ende Oktober 1959 bestand an der 1954 gegründeten Universität Novi Sad ein Lehrstuhl für Hungarologie, dessen erster Inhaber der Altkommunist Ervin Sinkó wurde. Seine Nachfolgerin wurde die Linguistin Olga Penavin. In der Literaturgeschichte gehörte Imre Bori, Autor einer vojvodina-ungarischen Literaturgeschichte, zu den führenden Köpfen einer zwangsläufig systemkonformen Wissenschaft. Den historischen Lehrstuhl hatte zunächst Árpád Löbl inne. Ein Resultat der Kooperation zwischen Ungarn und Jugoslawien war die Herausgabe einer Quelledition zum Zweiten Weltkrieg in der Batschka im Jahr 1986, an der von ungarischer Seite besonders die Vojvodina-Historikerin Enikő Sajti aus Szeged beteiligt war. Sándor Mészáros legte eine Geschichte der Vojvodina-Ungarn in der Zwischenkriegszeit vor. 1968 wurde in Novi Sad ein Hungarologisches Institut mit einer eigenen Zeitschrift gegründet, dessen Direktor István Széli, Verfasser eines Standardwerkes zur vojvodina-ungarischen Kultur, wurde. Der Eröffnung waren heftige Kontroversen und eine Kampagne gegen den ungarischen Spitzenpolitiker László Rehák vorausgegangen. Es warnte unter anderem Dobrica Ćosić davor, den ungarischen Nationalismus zu unterschätzen. Eine der zentralen Institutionen des Kulturlebens war der Forum-Verlag in Novi Sad, der in den 1970er Jahren jährlich etwa 70 Bücher herausgab, davon zehn bis fünfzehn von einheimischen Autoren. Besonders gefördert wurden Übersetzungen und nationalitätenübergreifende Anthologien, verschiedentlich wurden auch Literaturtage veranstaltet. Ins Deutsche übersetzt wurden unter anderem Werke von Nándor Gion.

Seit Dezember 1944 erscheint die Tageszeitung ‚Magyar szó‘ (*Ungarisches Wort*) in einer Auflage von 25.000 Exemplaren. Hinzu kam unter anderem seit März 1946 das Wochenmagazin ‚Hét nap‘ (*Sieben Tage*) aus Subotica. Die wichtigste gesellschaftswissenschaftliche Zeitschrift ist die ‚Létünk‘ (*Unser Dasein*) mit einer Mischung aus Diskurs und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen. 1949 wurde in Novi Sad mit der Ausstrahlung eines zuletzt etwa täglich fünfzehnständigen Radioprogramms in ungarischer Sprache begonnen. Ungarisches Fernsehen wurde seit 1975 gesendet, zuletzt täglich vier Stunden. Die Kirche hat für die Magyaren in der Vojvodina keine entscheidende Rolle bei der Identitätsbewahrung spielen können. Das Bistum Subotica der katholische Kirche, der die meisten in der Region angehören, wurde seit 1918 kroatisch dominiert. Die reformierten Orte waren meist ärmere Landarbeitergemeinden wie Feketić (*Bácsfeketehegy*), wo sich der Bischofssitz befindet.

Die Verfassung von 1974 hat die Sprachenrechte noch einmal in verschiedenen Bereichen – so in der Armee und den Bundesinstitutionen – ausgeweitet. Dennoch lag der Fokus auf der Stärkung der föderalen Einheiten und damit der Staatsnationen, zu denen die Magyaren nicht gehörten. Die Vojvodina besaß nun fast die Attribute eines Teilstaates, wovon

insbesondere Novi Sad profitierte. Die Assimilation nahm zu, und nirgendwo in Jugoslawien gab es so viele Mischehen (1981 bei ungarischen Frauen: 17 Prozent) oder Menschen, die sich als *Jugoslawen* bezeichneten (1991: 8,3 Prozent). Darunter befanden sich auch viele Magyaren. Eine neue Industrialisierungs- und Modernisierungswelle ließ viele verkennen, daß die Partei an die Grenzen ihres Reformpotentials gekommen war. Vor allem auf kulturellem Gebiet wie auch in der Wissenschaft, Literatur und im Theater konnte dennoch viel auf hohem Niveau produziert werden, da die Kontrolle des Staates nicht stark war. Für die Vojvodina wurde aber auch eine sogenannte *Folklorisierung* typisch, welche die Kulturen der Minderheiten in zum Teil verkitschter Form ebenso *musealisierte* wie *popularisierte* und dabei gerne das Jugoslawische und Balkanische betonte. Oppositionelle hingegen begannen mit klassisch Europäischem beziehungsweise Mitteleuropäischem zu kokettieren. Unter den Gastarbeitern im Westen waren Magyaren aus der Vojvodina überproportional vertreten.

Zu den Kompetenzen, welche die Vojvodina nach 1974 wahrnehmen konnte, gehörte das Pflegen eigener Auslandskontakte. Dafür bestanden seit einem Reiseabkommen von 1966 über einen kleinen Grenzverkehr und Verwandtenbesuche verbesserte Voraussetzungen. Nach Ansicht von Lajos Arday nutzte Ungarn die Kontakte zu Jugoslawien auch dazu, um sich außenpolitischen Spielraum gegenüber Moskau zu verschaffen. Partnerschaften zwischen Orten in Ungarn und Jugoslawien wurden eingerichtet. Schulbücher aus Ungarn wurden importiert, und der Forum-Verlag in Novi Sad – der nun offiziell Subventionen aus Ungarn bezog – arbeitete eng mit Budapester Verlagshäusern zusammen. Theater- und Folkloregruppen aus der Vojvodina besuchten den ganzen Karpatenraum. Studenten, Lehrer sowie Journalisten nahmen an Austausch- und Fortbildungsprogrammen in Ungarn teil. Diese Kontakte liefen vor allem zwischen den Institutionen und Kommunen, und die Spitzenpolitiker bescheinigten sich bei Staatsbesuchen gegenseitig die Vorbildlichkeit des Erreichten.

Diese Politik der *Shake-hands* auf höchster Ebene wurde auch dann noch beibehalten, als sich in den achtziger Jahren das bilaterale Klima zu verschlechtern begann. Der Ausgangspunkt war eine Pressekontroverse anläßlich der Kosovo-Krise im Jahr 1981, als das ‚Magyar szó‘ dem Budapester Parteiblatt ‚Népszabadság‘ (*Volksfreiheit*) vorwarf, sie verletze mit ihrer Berichterstattung das jugoslawisch-ungarische Presseabkommen. Es folgte 1983 eine einseitige Polemik über einen angeblichen ungarischen Irredentismus in der ‚Večernje Novosti‘ (*Abendzeitung*). Die 1980er Jahre waren von einer rapiden Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation Jugoslawiens geprägt, was in der Vojvodina in wahrnehmbarem Kontrast zur wachsenden Aufbruchsstimmung in Ungarn stand. Kurz nach dem Aufstand im Kosovo beschwerte sich die ‚Borba‘ (*Der Kampf*) über den auffälligen Erfolg einer Kosovo-Folkloretruppe bei den Magyaren und über klei-

nere Solidaritätskundgebungen mit den Albanern, so beispielsweise in Senta (*Zenta*). Klagen über einen »ungarischen Nationalismus« nahmen zu, so zum Beispiel seitens der ‚Borba‘ im Februar 1982 oder der Kommission für zwischennationale Beziehungen beim Belgrader Zentralkomitee im März 1985. Ein Einschnitt war die sogenannte Illyés-Affäre: Der bekannte ungarische Schriftsteller Gyula Illyés hatte Ende 1982 in der ‚Frankfurter Rundschau‘ von Bedrohungen der Vojvodina-Ungarn gesprochen und wurde daraufhin in Jugoslawien heftig angegriffen, unter anderem vom Literaturhistoriker Imre Bori. Nun hatte das Avantgarde-Magazin ‚Symposium‘ drei Tage vor dem Interview das berühmte Gedicht dieses Dichters „Egy mondat a zsarnokságról“ (*Ein Satz über die Tyrannei*) aus dem Jahre 1956 zu dessen 80. Geburtstag veröffentlicht. Das Magazin durfte daraufhin ein Jahr lang nicht erscheinen und mußte seine Redaktion unter János Sziveri austauschen. Bereits 1981/1982 war es im serbischen Zentralkomitee zwischen Belgrad und Novi Sad zu einer ersten Machtprobe gekommen, als Belgrad vergeblich versucht hatte, die Polizeipräsenz in der Provinz zu erhöhen und eine stärkere Anbindung an Serbien forderte.

Im berüchtigten Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste von 1986 wurde die Vojvodina explizit erwähnt und ihre »Führer« des Separatismus beschuldigt. Dieser Vorwurf wurde zuerst von ominösen Leserbriefen und dann von den Massendemonstrationen aufgegriffen, die in verschiedenen Orten der Mittel- und Südvojudina zwischen Juli und Oktober 1988 der Säuberung der Provinzführung durch Milošević vorausgingen. Die Milošević-Bewegung präsentierte sich hier als *antibürokratische Revolution*, die es verstand, die populäre Unzufriedenheit über Mißstände in der Landwirtschaftspolitik mit dem Verlangen nach serbischer Einheit und der Kosovo-Problematik zu verbinden.

Eine soziologische Untersuchung über die Teilnehmer der Demonstrationen zeigte, daß unter ihnen praktisch keine Magyaren waren, 74 Prozent nicht in der Vojvodina geboren waren und daß viele dieser Aktivisten der Partei und der Sozialistischen Allianz nahe standen. Der Höhepunkt war der Marsch auf Novi Sad am 5. und 6. Oktober 1988, an dem bis zu 100.000 Menschen teilnahmen. Eine Folge war, daß die regionale Führung zurücktrat und mit Unterstützung der Bundespartei putschartig durch eine Milošević ergebene ersetzt sowie das Provinzparlament aufgelöst wurde. Am 29. März 1989 wurde die Autonomie per Verfassungsänderung zwar nicht vollständig aufgehoben, aber ohne Gesetzgebungskompetenz und Haushalt weitgehend eingeschränkt. Durch die Zentralisierung wurde ein massenhafter Austausch von Personal möglich, bei dem unter anderem die nichtserbische Elite entlassen wurde. Dies betraf beispielsweise das Bildungs- oder Medienwesen.

Die Einschränkung von Minderheitenrechten war der nächste Schritt. Sie wurde mit der Notwendigkeit einer einheitlichen Steuerung, der Schaffung von mehr Gleichheit zwischen den Bürgern sowie dem Zwang

zu Modernisierung und Rationalisierung begründet. Subventionen für Kultureinrichtungen wurden gestrichen, was zur Folge hatte, daß viele Institutionen geschlossen wurden oder diese ihr Angebot weitgehend reduzieren mußten. Gleiches galt für die ungarischen Medien. Dafür konnten unabhängige Zeitschriften und Radiostationen gegründet werden, obwohl ihre Tätigkeit behindert und zensiert wurde. Krieg und ökonomisches Chaos schufen einen Nährboden für ethnische Gewalt. Bomben- und Brandanschläge, Drohbriefe und Schmieraktionen wurden von Einzelpersonen oder Gruppen ausgeübt und hatten informellen Charakter. Menschenrechtsorganisationen beklagten aber die offensichtliche Duldung, im Einzelfall sogar Ermutigung, durch Vertreter lokaler Behörden und Exekutivorgane. Das historische Mißtrauen gegen die Magyaren wurde durch eine Medienkampagne zusätzlich geschürt. Etwa 40.000 junge Magyaren flohen als Deserteure außer Landes, während umgekehrt 230.000 serbische Flüchtlinge in der Provinz untergebracht wurden.

Am 18. Dezember 1989 wurde in Ada die Demokratische Gemeinschaft der Vojvodina-Magyaren (*Vajdasági Magyarok Demokratikus Közössége*, VMDK) unter dem Vorsitz von András Ágoston gegründet. Bis 1992 erreichte sie eine Mitgliederzahl von 30.000. Diskursbildend war eine Gruppe konservativer Intellektueller wie János Vékás, Sándor Hódi, Károly Dudás und Károly Mirnics. Als Partei hatte die VMDK ein demokratisch-nationales Profil. Bei Wahlen auf allen Ebenen erhielt sie bis Mitte der 1990er Jahre regelmäßig zwischen 80 und 90 Prozent der Stimmen im ungarischen Siedlungsgebiet. Die VMDK hoffte durch Einbeziehung in den internationalen Verhandlungsprozeß über Jugoslawien oder einen raschen Machtwechsel eine Autonomie für die Magyaren zu erreichen. Diese sollte laut einem am 25. April 1992 in Kanjiža (*Magyarkanizsa*) beschlossenen Memorandum drei Stufen enthalten: 1. Personalautonomie mit einer Art Parlament der Minderheit; 2. Ausweitung kommunaler Selbstverwaltung; 3. ein Ungarisches Autonomes Territorium. Für diese Forderungen erhielt die VMDK weitgehende Unterstützung der konservativen Regierung in Budapest; bekannt geworden ist der Ausspruch von Ministerpräsident József Antall vom August 1991, Ungarn habe die Vojvodina 1920 an Jugoslawien, nicht an Serbien abgetreten. Trotzdem wollte Ungarn keinesfalls die Investitionen und die Westintegration durch eine Verwicklung in den Balkankonflikt gefährden. Ab 1993 zeigte sich, daß die Neigung der Unterhändler gering wurde, den Verhandlungsprozeß mit der Frage der Vojvodina-Magyaren zu belasten. Noch in der Spätphase der ersten ungarischen Regierung nach der Wende versuchte Außenminister Géza Jeszenszky bei seinem Besuch in Belgrad im Januar 1994 einen Dialog zwischen dem jugoslawischen Regime und der VMDK zu unterstützen.

Nach heftigen Auseinandersetzungen wurde die VMDK Anfang April 1994 als Repräsentant der Minderheit durch eine neue Partei, den Verband der Vojvodina-Ungarn (*Vajdasági Magyarok Szövetsége*, VMSZ), abgelöst.

Bald brachte dieser den größten Teil der magyarischen Wähler hinter sich. Vorsitzender ist seit 1995 der Bürgermeister von Subotica, József Kasza. Das Konzept des VMSZ beruhte darauf, den bei Kommunalwahlen erlangten Gestaltungsraum der Gemeindeverwaltungen effektiv zu nutzen, anstatt die *große Lösung* abzuwarten. Im Umgang mit Belgrad galt die Kasza-Richtung als pragmatisch. Das Programm ist auch offener; die Politiker weisen eine große Spannbreite weltanschaulicher Orientierungen auf. Mit diesen Dispositionen entsprach der VMSZ ab 1994 eher den außenpolitischen Rahmenbedingungen der ungarischen Regierung unter Gyula Horn. Da für die Verluste, die aufgrund der Sanktionen gegen Jugoslawien entstanden waren, von der UNO kein Ausgleich gezahlt wurde, war die ungarische Regierung zunächst daran interessiert, zu einem Ende des Embargos zu kommen. An einer moralischen und rechtlichen Verpflichtung für die Minderheit hielt jedoch auch die Horn-Regierung fest. Als Belgrad 1995 die Massenansiedlung von Krajina-Serben in der Vojvodina einzuleiten schien, kam es zwischen Budapest und Belgrad erneut zu Verstimmungen. Nach dem Sieg einer Mitte-Rechts-Koalition in Ungarn im Jahr 1998 entstand der Eindruck, die Regierung in Budapest unter Viktor Orbán sei bemüht, konservativen Strömungen außerhalb des VMSZ größeres Gehör zu verschaffen. Die ideologischen Animositäten wichen aber bald der Forderung nach Zusammenarbeit, denn der Machtwechsel fiel mit dem Beginn der Eskalation im Kosovo zusammen. Mit dem Beginn der Luftangriffe auf Jugoslawien am 25. März 1999 – zwölf Tage nach Ungarns NATO-Beitritt – erfuhren die ungarisch-jugoslawischen Beziehungen eine dramatische Zuspitzung. Ungarn war das einzige NATO-Land, das direkt an Jugoslawien grenzte, und darüber hinaus durch die Minderheit wie kein zweites westliches Land mit der Region verbunden. Während Ministerpräsident Orbán hoffte, die Situation zur Verbesserung des Status der Minderheit nutzen zu können, kritisierte Kasza die Angriffe, zumal die NATO auch gegen Ziele in der Vojvodina Einsätze flog – so auch einmal in Subotica. Ungarische Streitkräfte nahmen mit explizitem Verweis auf die Vojvodina nicht an den militärischen Operationen teil. Als die NATO ab dem 10. Juni 1999 die Luftangriffe einstellte, wollte Budapest die Frage der Vojvodina und der ungarischen Minderheit auf die internationale Tagesordnung setzen. Doch die Balkan-Stabilisierungs-Konferenz Ende Juli 1999 in Sarajewo verging trotz hoher Erwartungen ohne eine Erwähnung der Vojvodina; nur von amerikanischer Seite gab es einige verständnisvolle Worte. Die Vojvodina-Magyaren konstituierten jedoch am 20. August 1999 einen Nationalrat, bestehend aus 54 Vertretern ungarischer Parteien und Verbände sowie den Abgeordneten der verschiedenen politischen und administrativen Ebenen (Kommunalvertretungen, Provinz-, Republiks- und Bundesparlament). Zugleich weitete der VMSZ seit den Demonstrationen im Juli 1999 seine Zusammenarbeit mit der serbischen Opposition aus und war im Jahr 2000 auch an dem Wahlbündnis Demokratische Op-

position in Serbien (*Demokratska Opozicija Srbije*, DOS) beteiligt. Mit den serbischen regionalistischen Gruppen wurde auf einer Konferenz in Athen Mitte Februar 2000 eine gemeinsame Plattform zustande gebracht. Als Teil von DOS gehörte der VMSZ dann zu den Gewinnern der Wende in Jugoslawien und der Vojvodina. Ob der VMSZ die angestrebte dreistufige Autonomie – Autonomie der Vojvodina, territoriale und personale Autonomie – erreichen kann, wird die zukünftige Entwicklung zeigen.

Weiterführende Auswahlliteratur

- Arday Lajos*: Hungarians in Serb-Yugoslav Vojvodina Since 1944. In: *Nationalities Papers* 24 (1996) 467-482.
- Aspeshagh Robert*: Trianon Dissolved: The Status of Vojvodina Reconsidered? In: *Yearbook of European Studies* 5 (1992) 125-146.
- Autonómia: Kihívás és/vagy megoldás. Autonomy: Challenge an/or Solution*. Hg. Vilmos Ágoston. Budapest 1994.
- Bognar Andrija*: The Status of Hungarians in Vojvodina from 1918 to 1995. In: *Southeastern Europe 1918-1995. An International Symposium*. Hg. Aleksandar Ravlić. Zadar 1995, 86-103.
- Botlik József* [u. a.]: *Eltévedt mezsgyekövek: a Délvidéki magyarság történetéhez, 1918-1993*. Budapest 1994.
- Cseres Tibor*: *Titoist Atrocities in Vojvodina, 1944-1945*. Buffalo 1993.
- Domonkos László*: *Magyarok a Délvidéken*. Budapest 1992.
- Homonnay Elemér*: *The Hungarians in the Communist Successor States since 1964*. In: *Nationalism in the USSR and Eastern Europe in the Era of Breshnev and Kosygin*. Detroit 1977.
- Jónás Endre*: *Trianon. A European Problem*. München 1960.
- Kocsis Károly*: *Vegyes etnikumú területek társadalmának népességföldrajzi kutatása Szlovákia és a Vajdaság példáján*. Debrecen 1989.
- Kocsis Károly – Hodosi-Kocsis Eszter*: *Hungarian Minorities in the Carpathain Basin. A Study in Ethnic Geography*. Toronto/Buffalo 1995.
- Korhecz Tamás*: *The Minority Rights of the Hungarian National Group in Yugoslavia. Legal Framework and Actual Practice*. Budapest 1998.
- Ludanyi Andrew*: *Hungarians in Romania and Yugoslavia: A Comparative Study*. Louisiana State University 1971.
- Ludanyi Andrew*: *Titoist Integration of Yugoslavia. The Partisan Myth and the Hungarians of the Vojvodina*. In: *Polity* 12 (1979) 225-252.
- Ludanyi Andrew*: *The Hungarians of Vojvodina under Yugoslav Rule*. In: *The Hungarians: A Divided Nation*. Hg. Stephen Borsody. New Haven 1988, 191-208.
- Ludanyi Andrew*: *The Hungarians of Vojvodina: Facing an Uncertain Future*. In: *Hungarian Studies Review* 16 (1989) 93-119.
- Matoska Márton*: *Retaliation*. Budapest 1995.
- Morokvasic Mirjana*: *The Relationship between the Majority and the Minority in a Composed Region. The Case of Vojvodina*. In: *Ethnic Conflicts and Civil Society*. Hgg. Andreas Klinke [u. a.]. Aldershot [u. a.]. 1998, 151-175.

- Sajti Enikő*: The Hungarian National Minority in Yugoslavia after 1945 (A Historical Sketch). In: Acta Universitatis Szegediensis de Attila Josef Nominatae, Acta Historica 89 (1989) 19-27.
- Spannenberger Norbert*: Die Ungarn in der Vojvodina. Interessensverbände und Autonomiepläne. In: Ethnos Nation 4 (1996) 137-147.
- Spasovska Verica*: Die Kosovo-Krise – Auswirkungen auf die ungarische Minderheit in der Vojvodina und die Muslime im Sandzak. In: Südosteuropa-Mitteilungen 38 (1998) 318-325.
- Turi Tibor*: Magyaren und Serben in der Vojvodina. Zur Geschichte einer tausendjährigen gemeinsamen Vergangenheit. In: Ethnos Nation 1 (1993) 59-68.
- Vago Raphael*: The Grandchildren of Trianon. Hungary and the Hungarian Minority in the Communist States. Boulder 1989.

Address to the Vojvodina Conference

Ladies and Gentlemen, Distinguished Guests,

It is a great pleasure and honour to me to address this conference, at times, when we are witnessing historic developments in Yugoslavia. When I undertook to speak here a couple of months ago, I could hardly imagine that by this time we would have a new Yugoslavia that opens its doors to its neighbours and to Europe.

Since the democratic changes in Yugoslavia we all have the reason to be optimistic about the future of Vojvodina. Hopefully, this province of Serbia will be able to start a new chapter of its history on the basis of democratization of the state, using all possibilities that its multiethnic character can offer.

At the same time, we should not lose our sense of reality. People in multiethnic Vojvodina have got a lot of work to do to overcome the differences provoked during our common history.

Experiences of the struggle of democratic forces – Serbs, Hungarians and other ethnic groups – against the Milošević regime have demonstrated that the democratization of Serbia can and should go together with resolving problems of the Hungarian minority. That is why the Republic of Hungary is interested in establishing a democratic Yugoslav Republic, and would like to contribute to improve the political, cultural and economic conditions of the 350.000-strong Hungarian community in Vojvodina.

At this point allow me to refer to the so called Szeged Process in the framework of the Stability Pact for South Eastern Europe. The Szeged Process was launched jointly by Hungary and the Stability Pact Office in October 1999 to assist the democratic forces of Yugoslavia.

The Szeged Process put special emphasis on the – that time – opposition-led local governments and the remaining free media in Yugoslavia. We considered these two elements to be the islands of freedom in the vast sea of oppression. The Process has been based on a series of conferences and workshops with the representatives of the democratic forces.

Conclusions of these meetings have been transformed into concrete help through the Chance for Stability Foundation, established by Hungary, with its 1.6 Million USD seed money. The Process has proven to be indispensable in providing the democratic forces with concrete material aid in days of hardship.

Besides assisting the democratic forces in their struggle to survive the Szeged process has established direct links to the people of Yugoslavia, at a

time when the official regime had been sealed off from the international community. Undoubtedly, these links have paved the way to the now official contacts to the new Yugoslav leadership.

Ladies and Gentlemen,

Having in mind the above mentioned facts, I think its fair to say that the Szeged Process has indeed contributed to the success of the democratic movement in Yugoslavia. This contribution has been acknowledged several times by leading personalities of the international community, including U.S. Secretary of State Albright. Although the situation in Yugoslavia has fundamentally changed, I would like to assure you that we are ready to carry on with the process as long as our partners in Yugoslavia deem it necessary.

In fact, this very, day there is a conference in Belgrade under the auspices of the Szeged Process with the task to sum up the needs of the Yugoslav local governments in preparing for the coming winter.

On the basis of its relatively developed economy and the direct ties with Hungary and via Hungary with Western Europe, Vojvodina has historically been the most receptive Yugoslav province to European tendencies. Briefly: Vojvodina is Serbia's gate to Europe.

Vojvodina is almost the only multiethnic region of Yugoslavia where during the last and tragic decade, ethnic differences and tensions did not explode into an armed conflict and where co-operation of Serb democratic forces and minority political forces could be realized easier in the fight against the Milošević-regime.

In Vojvodina, the minority issue enjoys a great national and international importance.

Even Mr. Milošević seemed to be pretty aware of the importance of Vojvodina's position. He has deprived the province of its real autonomy, categorically opposed any initiative of minority autonomy.

In his last speech as the President of Yugoslavia, Milošević tried to antagonize the democratic opposition along the Hungarian question. Thanks to the wisdom of the opposition politicians, he has failed to do so.

The pivotal importance of the minority issue has been acknowledged by almost all of the major international institutions monitoring and formulating policy toward the Balkans, such as EU, NATO, OSCE and the UN.

The United States have expressed their concern about Voivodina's future several times and have closely followed the ethnic problems there. On March 25, 1999 the Congress of the United States, describing the situation of Vojvodina, condemned the harassment, threat and intimidation against the minorities, including ethnic Hungarian inhabitants of the province.

In addition, the Congress called on the NATO allies of the U.S. that during any negotiation on the future status of Kosovo, they should pay special attention to establishing satisfactory guarantees for the rights of the ethnic Hungarian community, including consultations with elected leaders about their proposal for self-administration.

The OSCE – especially the European Security Charter of the Istanbul Summit – suggested alternative solutions, including the idea of territorial and ethnic autonomy, as a means of stabilisation in the region.

An important step forward in the field of cooperation between the Yugoslav democratic forces and minority leaders was made in Athens in February 2000 at the roundtable on interethnic relations in Vojvodina, organized by the American NGO, the Project on Ethnic Relations.

The declaration signed by all parties in Athens, had two elements of key importance:

- The autonomous status of Vojvodina within Serbia corresponds to the highest interests of democratisation.

- It is necessary to develop modern institutional guarantees for the rights of the national communities in Vojvodina, including the right for self-government for the purpose of preserving and developing their identities. The self-government of national communities through adequate autonomy arrangements, in accordance with relevant documents of the OSCE and the Council of Europe, is necessary.

Now, after the democratic change, the signatories to the Athens Declaration, the same Serb democratic parties and Hungarian political forces, have to face the historical challenge: implementation of this common program in the framework of the in-depth democratic transformation of Yugoslavia.

The Hungarian Government considers that in the new democratic circumstances, the Athens Declaration opened the way for dialogue on the three-pillar autonomy concept of the Hungarian minority living in Vojvodina.

The three-pillar autonomy-concept of the Hungarian minority was elaborated by their main political parties, VMSZ, the Alliance of the Vojvodina Hungarians and the VMDK, the Democratic Community of the Vojvodina Hungarians. The three pillars refer actually to three levels of autonomy. Very briefly, the first is the so-called personal autonomy which reflects to the rights of the individual to use his/her language in education and culture. The second is the autonomy of the minority community – the right to self-government in various aspects of community life. The third pillar is the re-establishment of the autonomy of Vojvodina as a province in Serbia.

I would like to emphasize that this three-pillar autonomy concept is fully in line not only with international principles, but – as concrete exam-

ples show it in Cathalonia (Spain) or in South Tyrol (Italy) – also with international practice.

Hungary welcomed the transition in Yugoslavia and is ready to support the consolidation of the democratisation process in the country. Although we are aware of the great problems that the new leadership has to face – Kosovo, Montenegro, economic reconstruction etc. –, the Hungarian government and the Hungarians in Yugoslavia have expressed their readiness to work on the implementation of the Athens proposals.

Some of the essential problems of the Hungarian minority in Vojvodina, as they put it, like general decentralisation, enforcement of the amnesty law, the modification of the self-government law, could be solved as a priority package.

A particular attention has to be focused on the modification of the election law in order to ensure the interests of national minorities, namely: reduction of the electoral census, modification of the electoral ward.

In order to provide economic prosperity of the Hungarian minority a particular attention has to be paid to the privatisation process.

We hope that the Serb democratic forces and the democratic government of Yugoslavia will not forget the ideas resumed in the Athens declaration, especially the respect of the different types of right for autonomy. We are convinced that this project demands great efforts from the Serb nation, and comprehensive support from the international community and organisations.

No doubt, my invitation to develop this project will be heard.

Ladies and Gentlemen,

To conclude my address, allow me to underline a couple of points concerning the situation in Yugoslavia and that of in Vojvodina.

– International experience proves that the respect for democratic values are inseparable from the guaranteeing of ethnic and minority rights. This applies all the most to the Federal Republic of Yugoslavia.

– The international community in general, and Hungary in particular, warmly welcomes the recent positive democratic changes in Yugoslavia. We consider these changes as the starting point for the long-term solution of the ethnic problems of Yugoslavia.

– However, we shall not forget that Yugoslavia with its new political leadership is only at the beginning of a long way that leads to the European standards of democracy, the rule of law and the respect for human and minority rights.

– Further changes are badly needed in every aspect of politics and society, especially in the public thinking and in mentality concerning our

cherished values of democracy, tolerance and a multi ethnic society. These changes may need years to be realized.

– The international community bears a tremendous responsibility in this respect. On the one hand, we have to support by all means the positive efforts in Yugoslavia which are aimed at the realisation of the in-depth political, economic and social transformation of the country. On the other, we shall not ignore any possible negative tendencies or lasting backlogs in terms of the guaranteeing of human and minority rights.

– Carefulness, steadiness and – last but not least – political wisdom are crucial factors in this course.

– Let us hope that with the assistance of the international community, Yugoslavia will be ready and able to go all along the way of democratization and that one day we can refer to the ethnic situation in Yugoslavia, and in particular in Vojvodina, as we refer to that of in South Tyrol today.

Thank you for your attention.

Aktuelle Autonomiekonzepte ungarischer Minderheiten in Ostmitteleuropa

Ein Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der Vojvodina

I.

In Ostmitteleuropa, zum Beispiel in Siebenbürgen, aber auch in der Vojvodina, existiert seit Jahrhunderten eine Tradition der Autonomie – von den autonomen Körperschaften der religiösen Gemeinschaften bis zu verschiedenen nationalen Gemeinschaften.¹ Die Aktualisierung der Autonomiefrage als Lösung der Minderheitenfrage in dieser Region ist auf drei verschiedene Ursachen zurückzuführen.

Erstens hat die Möglichkeit, nach den politischen Umbrüchen über die Autonomiekonzepte sprechen zu können – diese Konzepte erschienen plötzlich in der Presse und der Fachliteratur –, dem allgemeinen Konzept der Autonomie vornehmlich im Kreis der ungarischen Minderheiten zu großem Interesse und großer Popularität verholfen. Die Regimewechsel in Ungarn, die Aufnahme in den Europarat sowie die Aufnahme der Nachbarländer (Slowakei, Rumänien und Ukraine) waren ebenfalls wichtige Faktoren. Zum Beispiel erfolgte Rumäniens Aufnahme in den Europarat (Oktober 1993) mit der Empfehlung, unter anderem ein Gesetz über nationale Minderheiten einzuführen. Die Minderheitenorganisationen fingen an, Entwürfe zu diesem Gesetz vorzulegen.

Zweitens weckte die Tendenz des internationalen Völkerrechts in Richtung einer Erweiterung der Minderheitenrechte und sogar der Möglichkeit kollektiver Rechte oder einer speziellen Form von Autonomie (beispielweise im Kopenhagener Dokument der KSZE von 1990 sowie in der Empfehlung 1201 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats von 1993) große Hoffnungen im Kreis der ungarischen Minderheit in Ostmitteleuropa, größere vielleicht, als beabsichtigt.

Drittens kommt als wichtigster Faktor und Impuls für die Ausarbeitung von Konzepten für die Vojvodina der Vorschlag Lord Carringtons hinzu, unterbreitet auf der Jugoslawienkonferenz in Den Haag 1991.² Es ging hierbei um Bemühungen sowohl der Repräsentanten ungarischer Minderheiten als auch Ungarns, die Probleme und Forderungen der Magyaren in

¹ *Das Minderheitenrecht europäischer Staaten*. Teil 2. Hgg. Jochen A. Frowein [u. a.]. Berlin [u. a.] 1994.

² Wolfgang Zellner – Pál Dunay: Ungarns Außenpolitik 1990-1997. Zwischen Westintegration, Nachbarschafts- und Minderheitenpolitik. Baden-Baden 1998, 215.

der Vojvodina in die internationalen Versuche zur Lösung der Jugoslawienkrise einzubringen. Der ungarische Außenminister Géza Jeszenszky forderte mehrfach die Beteiligung der Minderheiten an der Londoner Jugoslawienkonferenz vom August 1992, und als eine Delegation der Vojvodina-Ungarn dort teilnahm, unterstützte er deren Forderungen: »The concept of autonomy they devised is completely in line with the solution offered for the protection of minorities in the Carrington plan, which we continue to support.«³ Serbien stimmte einer KSZE-Langzeitmission im Kosovo, in der Vojvodina und im Sandžak 1992 noch zu, die Mission mußte aber im Juni 1993 ihre Arbeit beenden, da Serbien keine Mandatsverlängerung akzeptierte. Die Bemühungen zwischen von 1991 bis 1993, internationale Garantien für die ungarische Minderheit zu erhalten, erzielten keine Ergebnisse. Doch die Aktionen und die internationalen Bemühungen halfen den Ungarn in der Vojvodina, klare Autonomiekonzepte auszuarbeiten.

Im September 1990 forderte die Demokratische Gemeinschaft der Vojvodina-Magyaren (*Vajdasági Magyarok Demokratikus Közössége*, VMDK) noch kulturelle Autonomie. Im April 1992 folgte, auch wegen des spannungsgeladenen internationalen und nationalen Kontextes, das „Memorandum über die Selbstverwaltung der in der Republik Serbien lebenden Ungarn“⁴ mit der Forderung nach dreifacher Autonomie. Diese Autonomiekonzepte waren teilweise auf die Einschränkungen der neuen serbischen Verfassung vom September 1990 zurückzuführen. Die Bezeichnung »Autonome Provinz« wurde aufrechterhalten, deren Substanz aber beseitigt. Die neue Provinz hatte »keine legislativen und judikativen Kompetenzen mehr«⁵ und wurde »noch unter den für die Gemeindeselbstverwaltungen vorgesehen Status reduziert«.⁶

Die VMDK brachte 1992 einen Verfassungsänderungsvorschlag in das Parlament der Republik Serbien ein. Dieser spiegelte das bereits erwähnte Konzept der ungarischen Minderheitenorganisation im „Memorandum“ wider, welches auf der Basis der Gruppenrechte fußt und nationale, ethnische und sprachliche Gemeinschaften der Minderheiten unterscheidet: Minderheiten, die sich als Gemeinschaften begreifen und ihre Rechte gemäß interner Selbstbestimmung wahrnehmen wollen – durch Sprach- und Unterrichtsregelungen sowie durch die Einführung einer dreifachen Autonomie. Das Konzept beinhaltet die interne Selbstbestimmung, begleitet

³ Géza Jeszenszky: Statement at the Conference on Yugoslavia (London, 26. August 1992), zitiert nach Zellner – Dunay 359.

⁴ Entwurf verfaßt von Sándor Hódi und einer Expertengruppe, angenommen von der Jahresversammlung der VMDK, Magyarokanizsa (*Kanjiža*), 25. April 1992. Dazu Zellner – Dunay 215-216, 356.

⁵ Ebenda, 357.

⁶ Joseph Marko: Die rechtliche Stellung der Minderheiten in Serbien. In: *Das Minderheitenrecht europäischer Staaten* 310.

vom Prinzip der Subsidiarität, einer neuen Definition der Beziehung der zentralen und lokalen Gewaltenteilung. Die Institutionalisierung der internen Selbstbestimmung wird durch drei Formen der Autonomie dargestellt – der Personalautonomie (auf der Basis des inneren Selbstbestimmungsrechts), der Selbstverwaltung mit Sonderstatus (Gemeinden mit besonderem Status) und der Regionalautonomie (Assoziierungsvereinbarung zwischen den Gemeinden mit besonderem Status – Ungarischer Autonomer Bezirk, auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips) – abhängig davon, ob die Magyaren einen homogenen Block bilden oder als verstreute Individuen leben.

Die Konzept der VMDK wurde von den leitenden serbischen politischen Kräften, der serbischen Opposition sowie auf internationaler Ebene total ignoriert. Und obwohl dieser Prozeß zu keinen richtigen Ergebnissen führte, war er wichtig für die Minderheiten, um die möglichen Minderheitenregelungen und das Statut der Minderheiten zu überdenken und zu aktualisieren.

Nach 1993 erreichte der Prozeß der inneren Kämpfe und Polarisierung auch die VMDK. 1994 gründete die Mehrzahl der Abgeordneten und Bürgermeister der ungarischen Minderheit eine neue Allianz, den Verband der Vojvodina-Magyaren (*Vajdasági Magyarok Szövetsége*, VMSZ). Innerhalb kurzer Zeit entstanden noch vier kleinere politische Parteien der Magyaren in der Vojvodina, die in den Parlaments- und Kommunalwahlen von 1996 und 1997 gegeneinander kandidierten. In einer Frage jedoch waren sich alle diese Organisationen einig: gefordert wurde die Selbstverwaltung der ungarischen Minderheit in der Vojvodina. Da die Thesen in den verschiedenen Programmen der Organisationen nicht klar definiert und sehr offen im Hinblick auf Interpretationsmöglichkeiten waren, blieb die Leitung dieser Organisationen geteilter Meinung über die möglichen Arten der Institutionalisierung der *internen Selbstbestimmung*, die sowohl als Selbstverwaltung als auch als Selbstregierung verstanden werden konnten.

In den Konzepten der verschiedenen politischen Organisationen der Vojvodina-Magyaren und gemäß ihrem politischen Programm und Entwurf meint *Autonomie* zweifellos nur die Möglichkeit, Entscheidungen mit Hilfe demokratischer Maßnahmen und Verfahren zu treffen, und zwar durch ihre legitimen Repräsentanten in den wichtigsten Angelegenheiten bezüglich der Erhaltung, Entwicklung ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität.

Die Forderungen nach Autonomie und Selbstverwaltung wurden in der Zwischenzeit vom VMSZ, im Rahmen eines neuen Gesetzentwurfes, weiter bearbeitet. Diese Forderung wurde von drei der Organisationen, dem VMSZ, der VMDK und der Bürgerlichen Initiative der Ungarn in der Vojvodina in einer gemeinsamen Vereinbarung erhoben. Die Vereinbarung, ein gemeinsames Autonomiekonzept auszuarbeiten, ist auf eine Initiative der ungarischen Regierung zurückzuführen (1998/1999).

Die „Vereinbarung über die Selbstverwaltung“ baut weiterhin auf einem dreifachen Autonomiekonzept auf: der Personalautonomie, der Territorialautonomie (Selbstverwaltung mit Sonderstatus) und der Regionalautonomie der Vojvodina (Autonome Provinz Vojvodina). Das Konzept stellt eine Liste der wichtigsten Rechte der Minderheitsgemeinschaften auf: Benutzung der Muttersprache bei Kontakten mit Behörden, Unterricht in der eigenen Sprache auf allen Ebenen und Gebrauch nationaler Symbole. Weiterhin werden die Personalautonomie detailliert ausgearbeitet, die Zielsetzung dieser Autonomieform genannt und die Organe der persönlichen Selbstverwaltung mit einem ungarischen Nationalrat definiert. Die wichtigste und komplizierteste Frage, die noch nicht zufriedenstellend behandelt werden konnte, wird hier die Registrierung der Minderheitenangehörigen sein, um entsprechende Wahlen zu ermöglichen.

Das Autonomiekonzept, besonders die Territorialautonomie, wurde von allen serbischen politischen Kräften abgelehnt. Trotzdem waren die Selbstverwaltungskonzepte der ungarischen Minderheit in der Vojvodina auf internationalen Tagungen in Wien und Athen, veranstaltet vom amerikanischen Project on Ethnic Relations im September 1999 und Februar 2000, Gegenstand mehrerer Diskussionen, aber auch des Konsenses über verschiedene Selbstverwaltungskonzepte zwischen Repräsentanten der Vojvodina-Magyaren und serbischen Oppositionspolitikern. Das Schlußdokument der Wiener Tagung betonte: »[...] the self-organization of national communities through adequate autonomy arrangements [...] is necessary for the more efficient organization multicultural communities of citizens of Vojvodina, as well as for democratization of Serbia. Taxes and other financial contributions paid by members of national community should constitute the financial foundation of their self-organization.«⁷

Nach der Meinung eines Experten für Autonomiekonzepte in der Vojvodina gibt es noch keine schlüssigen Autonomiemodelle – besonders hinsichtlich einer Territorial- und Regionalautonomie –, deshalb sei das Erarbeiten dieser Modelle als ein fortlaufender Prozeß anzusehen.⁸

II.

Im Kreis der ungarischen Minderheiten Ostmitteleuropas, besonders jener in der Vojvodina, wurden zu Beginn der 1990er Jahre vier verschiedene Formen von Autonomie theoretisch aktualisiert. Die aktuellen Autonomiekonzepte aus der Region, von der klassischen Territorialautonomie bis zu

⁷ Roundtable on Interethnic Relations in Vojvodina. Wien, 23.-25. September 1999, Schlußdokument, Sektion 3.

⁸ Tamás Korhecz: Chances of Ethnic Autonomy in Vojvodina. Vortrag auf dem Seminar „Minority Governance Concepts in Europe on the Threshold of the 21st Century“, Bozen, 6.-7. Oktober 2000.

den neuen Konzepten der örtlichen Selbstverwaltung mit besonderem Status, umfassen klassische sowie völlig neue Ideen und Elemente.

Eine Typologie der verschiedenen Modelle kann nach Funktion oder nach Subjekt der Autonomie erstellt werden. Der Funktion nach ist zwischen administrativer Autonomie und kultureller Autonomie zu unterscheiden, bei der Einteilung nach dem Subjekt der Autonomieregelung unterscheidet man zwei Haupttypen: die Personal- und die Territorialautonomie.

Administrative Autonomie

Wenn in einer gegebenen administrativen Einheit eine nationale Minderheit die zahlenmäßige Mehrheit der Bevölkerung bildet, stimmt die örtliche Selbstverwaltung in höherem Maße mit der administrativen Autonomie überein. Diese Form der Autonomie könnte einen *speziellen Status* innehaben bezüglich der Erweiterung der Macht und Kompetenzen der existierenden örtlichen Behörden, dies im Hinblick auf Fragen der Erziehung, Kultur, sozialen Aktivität und Information. Die Bezeichnung *spezieller Status*, wie im Artikel 11 der Empfehlung 1201 (1993) des Europarats formuliert, wurde zum Gegenstand kontroverser Diskussionen. Die europäische Kommission für Demokratie durch Recht, die sogenannte Venedig-Kommission, äußerte ihre Ansicht über die Terminologie dieser Bezeichnung, um sowohl überzogene Hoffnungen als auch überzogene Befürchtungen hinsichtlich der im Artikel 11 enthaltenen Selbstverwaltungsregelungen auszuräumen.⁹

Regionale Autonomie

Die regionale Autonomie kann ein Resultat der Verbindung örtlicher Verwaltungen mit speziellem Status sein, mit komplexeren Kompetenzen, basierend auf einer noch höheren Ebene der Dezentralisierung.

⁹ Opinion of the European Commission for Democracy through Law/Venice Commission on the interpretation of Article 11 of the draft protocol to the European Convention on Human Rights appended to Recommendation 1201(1993): »[...] any ›special status‹ should be founded on the will to enable persons belonging to a minority to participate effectively in decision-making concerning the regions in which they live or in matters affecting them.« The term reflects »the desire of the authors of Article 11 to allow States to depart from the traditional patterns of local government. In this respect the State remains free to determine what will be the scope of this special status. [...] A special status can, of course, go much further by endowing a region where a minority is in the majority, with legislative and executive power of its own in respect of regional affairs.« In: *Report on the protection of the rights of minorities*. Rapporteur: Mr. Bindig, Germany. Committee on Legal Affairs and Human Rights, Parliamentary Assembly, Council of Europe, Doc. 7572, 5. Juni 1996, 35.

Kulturelle Autonomie

Die kulturelle Autonomie bezieht sich auf den Bereich des kulturellen und auch sozialen Lebens der Minderheit. Berechtig zu dieser Art der Autonomie sind Minderheiten, die konzentriert in einem (bestimmten) Gebiet leben, in gleichem Maße wie Minderheiten, die über das ganze Land verstreut leben. Die Selbstverwaltung ist auf kulturelle Angelegenheiten – wie die Erhaltung von Traditionen, die kulturelle Entwicklung, die Einrichtung von kulturellen oder erzieherischen Institutionen – beschränkt. Ihre Mitglieder sind berechtigt, in ihrer eigenen Sprache zu studieren und die zentralen Entscheidungsorgane in Angelegenheiten, die ihre kulturellen Bedürfnisse betreffen, zu beeinflussen. Sie stellen Repräsentanten in der zentralen und örtlichen Verwaltung, haben jedoch keine Selbstverwaltung auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Die entscheidende und ausführende Autorität der Institutionen verbleibt im Rahmen des kulturellen Lebens in Unabhängigkeit von der zentralen Regierung. Der Staat unterstützt das System mit finanziellen Mitteln.

Personalautonomie

Diese Art von Autonomie richtet sich an alle Mitglieder einer bestimmten Gruppe innerhalb des Staates, ungeachtet ihres Wohnortes. Sie ist angemessen für Minderheiten, die über das Land verstreut leben, aber einen starken politischen Willen zur Selbstverwaltung haben und ihre Forderungen dahingehend artikulieren. Die Gemeinschaft besitzt verschiedene weitreichende Rechte im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben, auch wenn diese bis heute gewöhnlich auf kulturelle, sprachliche, religiöse und erzieherische Angelegenheiten beschränkt sind.

Die Struktur dieser Art von Autonomie ist sehr kompliziert; nach der Einrichtung mehrerer Institutionen wird auch das Wahlrecht innerhalb der Gemeinschaft gefordert. Der Staat hält sich aus Fragen, welche die Autorität von autonomen Institutionen betreffen, heraus. Der Staat stellt finanzielle Mittel zur Wahrnehmung seiner Pflichten zur Verfügung, die auf die Institutionen übertragen werden. Diese Autonomie resultiert aus dem Recht, den religiösen, linguistischen und kulturellen Charakter der Minderheit durch Institutionen, welche von der Minderheit selbst gegründet wurden, zu erhalten und zu fördern. Diese Institutionen werden autorisiert, bindende Entscheidungen zu treffen und Steuern zu erheben.

Territorialautonomie

Die komplexeste und ausgeprägteste Form der Autonomie wird von Minderheiten verlangt und gebraucht, die in einer Region fest und kompakt angesiedelt sind.

Eine territoriale politische Autonomie ist darauf ausgerichtet, einer Gruppe, die sich von der Mehrheit der Bevölkerung im Staat unterscheidet, aber selber die Mehrheit in einer bestimmten Region konstituiert, einen gewissen Grad an Selbstbestimmung zu gewähren. Die Minderheit hat größeren Einfluß auf die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen, die ihre Region betreffen. Eine der wichtigsten Fragen dabei bezieht sich auf die Teilung der Macht zwischen der zentralen Regierung und der autonomen Einheit. Die Macht, die den autonomen Institutionen übertragen wird, kann von einer sehr eingeschränkten Autorität bis hin zu einer sehr starken Konzentration der Macht variieren. Die Außenpolitik, Sicherheitspolitik und letztinstanzlichen juristischen Entscheidungen obliegen jedoch generell der zentralen Regierung.

Die Gesetzgebung der autonomen Behörden muß von den zentralen Behörden bestätigt werden. In bestimmten Fällen partizipieren die Einwohner einer autonomen Region sowohl am öffentlichen Leben in der Region als auch im Rahmen der Zentralregierung. Die autonome Region wird von der Zentralregierung mit regelmäßiger Unterstützung versorgt.¹⁰

III.

Die Autonomieforderungen der ungarischen Organisationen in Ostmitteleuropa, wie zum Beispiel auch des Demokratischen Verbandes der Magyaren in Rumänien (*Romániai Magyar Demokrata Szövetség*, RMDSZ), der Organisation der Magyaren in der Slowakei (Zusammenleben, *Együttélés*), des Ungarischen Kulturverbandes in der Karpato-Ukraine (*Kárpátaljai Magyar Kulturális Szövetség*, KMKSZ) sowie der oben angeführten aus der Wojwodina – besonders die Forderung nach Selbstverwaltung mit Sonderstatus und Regionalautonomie –, werden von allen politischen Kräften bis hin zu früheren Dissidenten und Bürgerrechtsgruppen der jeweiligen Mehrheiten als Gefahr einer parallelen Errichtung von zwei verschiedenen Administrationssystemen, das heißt, eines Staates innerhalb des Staates, abgelehnt. Die Kritik der internationalen Foren bezog sich bisher auf die Erarbeitung von Gesetzentwürfen für die nähere Zukunft, in denen die

¹⁰ Zur allgemeinen Debatte über mögliche Autonomieformen Ruth *Lapidot*: *Autonomy: potential and limitations*. In: *International Journal on Group Rights* 1994, 1, 277-280; Hurst *Hannum*: *Autonomy, Sovereignty and Self-Determination*. Philadelphia 1990.

Rechte der nationalen Minderheiten gemäß den internationalen Normen garantiert werden können. Da die politische und demokratische Atmosphäre sich in dem Maße verbessere, daß weitere Schritte unternommen werden könnten, solle erst daran anschließend ein Entwurf mit detaillierter Reglementation der oben genannten Formen der Autonomie verfaßt werden. Die Antwort der Minderheitsorganisationen in der Vojvodina hierauf lautete: »Durch die Erschaffung dieser Formen der Selbstverwaltung wird es möglich, die politische Subjektivität der hier lebenden Ungarn auf demokratische Weise zu errichten, ohne daß diese die Souveränität und die Interessen der Republik Serbien als Vielvölkerstaat verletzen würde. Die Eingliederung der vorgeschlagenen rechtlichen Institutionen in das politische System würde zugleich die weitere Demokratisierung, die Schaffung humanerer Verhältnisse und die Erhöhung des internationalen Vertrauens in die Republik Serbien als Vielvölkerstaat fördern.«¹¹

Die Forderungen nach der dreifachen Autonomie wurden um die Mitte der 1990er Jahre von Seiten der ungarischen Minderheiten in Ostmitteleuropa nicht mehr an erster Stelle erhoben. Das ist auf drei verschiedene Gründe zurückzuführen:

1) Die sozialliberale Regierung in Ungarn unterstützte die Autonomiebestrebungen weniger als die frühere und spätere konservative Regierung; sie zog es vor, Autonomiefragen nicht auf die zwischenstaatliche Ebene zu heben.

2) Der zweite Faktor war der Abschluß des ukrainisch-ungarischen (1991), des slowakisch-ungarischen (1995) und des rumänisch-ungarischen Grundlagenvertrages (1996). Diese Verträge schließen kollektive Minderheitenrechte und territoriale Autonomie auf ethnischer Grundlage aus.

3) Der entscheidende Faktor war aber der Sieg der ehemaligen Oppositionen bei den Parlamentswahlen 1996 in Rumänien und 1998 in der Slowakei sowie die anschließende Regierungsbeteiligung der ungarischen Minderheitenorganisationen in diesen beiden Staaten. Einerseits zeigte dies, daß die ungarische Gemeinschaft in zwei von Ungarns Nachbarländern über einen vergleichsweise erheblichen politischen Einfluß verfügt und damit ihre Interessen effektiv vertreten kann, andererseits erhöhte die Regierungsverantwortung der Minderheitenorganisationen ihre Komproßbereitschaft.¹²

Derzeit rückt die ungarische Autonomiefrage vor allem in bezug und in der Vojvodina wieder in den Vordergrund. Sie ist dort besonders aktuell, da die verspätete Wende in Serbien neue Hoffnungen weckt.

¹¹ „Memorandum“ (siehe Anm. 4), 8.

¹² Vgl. zum RMDSZ *Zellner – Dunay* 261-262.

IV.

Es gibt in Ostmitteleuropa seit Jahrzehnten ein ungelöstes Problem: der Konflikt zwischen Minderheiten und den Inhabern der politischen Macht. Die Lösung dieses Problems hängt direkt vom politischen Willen ab: gibt es genügend Kompromißfähigkeit auf der Seite der politischen Elite der Mehrheit oder nicht? Existieren Geduld, Kompromißfähigkeit wie auch klare Ziele auf der Seite der Minderheiten?

Ohne das Einverständnis und die Hilfe der Mehrheitsgesellschaft werden keine Autonomiekonzepte realisiert werden können. Die Konzepte liegen auf dem Tisch. Die Grenzen sind klar gegeben, aber trotz dieser Grenzen ist der Spielraum auf nationaler, bilateraler sowie internationaler Ebene noch immer groß genug.

Die ungarische (Personal-) Autonomie und die demokratische Wende in Serbien

I.

Die Ereignisse vom 5. Oktober 2000 in Serbien eröffneten einen neuen Abschnitt in der Geschichte der nunmehr seit zehn Jahren andauernden Balkankrise. Die demokratische Wende beseitigte Milošević und erweckte die bislang eingefrorenen politischen Themen zu neuem Leben. Man denke nur an Montenegro, den Kosovo oder an die offenen und ungelösten Fragen der nationalen Minderheiten. Es kommt nun darauf an, ob derjenige serbische Nationalismus, der vor einem Jahrzehnt die blutige Ereignisserie in Jugoslawien angezettelt hat, ungebrochen geblieben ist. Ist dies der Fall, dann folgt eine weitere Stagnation, wenn nicht, oder wenn er mindestens auf eine tolerierbare Größe geschrumpft ist, öffnet sich der Weg nach Europa.

Anfang der 1990er Jahre dachte die von Milošević geführte nationalistische serbische politische Elite, daß mit der Parole »Alle Serben in einem Land« unter Mißachtung der von Tito zur Zeit des Zweiten Weltkrieges im Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) festgelegten Grenzen ein Großserbien geschaffen werden könnte. Zehn Jahre mußten vergehen, damit nach blutigen Bürgerkriegen zur Gewißheit werden sollte: Dieser Weg ist der falsche.

Die Nöte der serbischen Nation werden nicht gemindert, sondern gesteigert durch die Tatsache, daß die zwecks Gebietserwerb entfesselten Kriege auch von der Mehrheit der serbischen Wähler unterstützt wurden, und daß in der entstandenen Lage auch der Kosovo und Montenegro kaum noch zu halten sind, obwohl dies Anfang der 1990er Jahre noch nicht unmöglich schien.

Auf Vojislav Koštunica, den neuen jugoslawischen Präsidenten, wartet die überaus komplexe Aufgabe, wieder Ordnung im Lande zu schaffen. Ordnung im Lande, aber auch in den Köpfen. Er muß das politische System demokratisieren und die heruntergekommene und durch Maffiaelemente belastete Wirtschaft funktionsfähig machen. Und zwar dergestalt, daß er nur in Serbien tätig sein kann, denn der Kosovo steht unter der Kontrolle der UNO, und Montenegro befindet sich auf halbem Weg zur Selbständigkeit. In der Zwischenzeit muß er auf mehreren Ebenen für kürzere oder längere Zeit mit den früheren Machtinhabern zusammenarbeiten.

Auf eine längere, erfolgreiche politische Präsenz kann Koštunica nur dann zählen, wenn er ständige Unterstützung von außen erhält und mit

der internationalen Gemeinschaft in notwendigem Maße zusammenarbeitet. Denn auch Ratschläge bedeuten Unterstützung. Koštunica wird den Preis für die Ende der 1980er Jahre entstandenen nationalen Illusionen bezahlen müssen.

Aus diesem Grund hat Serbien die wenigsten Chancen, seine frühere politische Selbständigkeit zu bewahren und mit einer verhältnismäßig eigenständigen Wirtschaft aus den Irrgängen des Systemwechsels herauszukommen. Trotzdem ist zu erwarten, daß die serbische Elite der Wende ihr Gleichgewicht bewahren und mit den Problemen fertig werden wird. Sie wird nach den Wahlen im Dezember hoffentlich ihre eigene, aber zumindest Serbiens Lage stabilisieren.

Im zweiten Abschnitt der Neuordnung, wahrscheinlich schon 2001, muß die neue Verfassung verabschiedet werden. Davor muß sich die internationale Gemeinschaft in der Kosovo- und der Montenegro-Frage entscheiden. In der Frage der Autonomie der Vojvodina – insofern sie darüber eine Einigkeit erzielen kann – wird wohl das Entscheidungsrecht bei der serbischen politischen Elite liegen.

In der Frage der Minderheiten wird wohl ebenfalls die serbische politische Elite entscheiden; sie muß aber die internationalen Erwartungen berücksichtigen. Aus ungarischer Perspektive ist es sehr wichtig, daß der Vorschlag, der ihr vorgelegt wird, neben den üblichen internationalen Erwartungen auch aus der Sicht beider Nationen eine gerechte Lösung darstellt.

Serbien kann sich erst dann Europa und den verschiedenen euroatlantischen Strukturen anschließen, wenn es eine demokratische Verfassung verabschiedet und sein inneres Gleichgewicht festigt.

II.

Während der Balkankriege hat sich die Rolle der internationalen Faktoren ständig erhöht. Infolge der aggressiven serbischen Politik reagierten die Großmächte und die UNO verhältnismäßig schnell. Sie verließen die Rolle des einflußreichen Beraters und wechselten schnell zur unmittelbaren Einmischung über, deren spektakulärste Etappe die militärische Intervention der NATO in Serbien war.

Nach den Bombardements fiel der Kosovo 1999 unter UNO-Kontrolle und praktisch unter UNO-Protectorat.

Die dem Schutz der Menschenrechte dienende koordinierte internationale Einmischung ist wegen der auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien entfesselten Krise, des damit verbundenen grausamen Bürgerkriegs, des Völkermords und der massiven Vertreibungen notwendig gewesen. Die Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sind hiermit immer mehr in den Hintergrund getreten.

Die Einmischung ist erfolgt, der politische Umbruch in Serbien auch, und den Großmächten sowie der UNO fällt nun die Aufgabe zu, eine demokratische Lösung für die Beseitigung der für die Region charakteristischen ungeheueren Spannungen zu finden.

Nachdem die demokratische serbische Opposition dank der umfassenden internationalen Unterstützung und des auch in den gegen die offiziellen Kandidaten abgegebenen Stimmen bekundeten Volkszorns an die Macht – oder zumindest in deren Nähe – gekommen war, hat sich die Lage wesentlich geändert. Die internationale Gemeinschaft konnte Milošević bisher ungehindert kritisieren, mußte aber in der Angelegenheit des Kosovo und Montenegros keine Entscheidung treffen. Jetzt ist die Zeit der Entscheidung gekommen, denn es gibt keinen einzigen serbischen Politiker, der freiwillig auf den Kosovo oder auf Montenegro verzichten würde.

Ohne die Kosovo- und die Montenegro-Frage gelöst zu haben, wird es in Serbien keine neue Verfassung und natürlich auch keine politische und wirtschaftliche Stabilität geben.

Weil die internationale Gemeinschaft seinerzeit entschied, und zwar richtig, sich zum Schutze der Menschenrechte und mit Zurückstellung des Prinzips der Souveränität einzumischen, muß sie jetzt den damit verbundenen Verpflichtungen stellen.

Es ist eine positive Entwicklung, daß die Vertreter der Großmächte und Amerikas schnell gehandelt haben. Mit zwei Vorschlägen sondieren sie bereits sowohl die betroffenen Nationen als auch die internationale öffentliche Meinung. Der erste Vorschlag beinhaltet eine vage Vorstellung über eine Föderation zwischen Serbien, Montenegro und dem Kosovo, der zweite sieht eine stufenweise Selbständigkeit des Kosovo vor. Es ist seltsam, daß keiner der Vorschläge eine besondere Diskussion auslöste. Ist die Lage reif geworden für eine Neuordnung?

Die erste Lösung nimmt im wesentlichen Titos Verfassung von 1971 zur Grundlage. Die Konsensentscheidung, die das Wesen des Modells ausmacht, setzt eine ständige, auch Interventionen beinhaltende Aufmerksamkeit seitens der Großmächte und der UNO voraus, sonst könnte sie schnell zur Funktionsunfähigkeit des neuen Staatsgebildes führen, und vielleicht wäre auch ein neuer, bewaffneter Konflikt nicht auszuschließen.

Den zweiten umfassenden Lösungsvorschlag legte eine hoch angesehene Forschungsgruppe auf den Tisch der Brüsseler Kommission. Deren Präsident lehnte zwar den Vorschlag glatt ab, damit ist aber diese Vorstellung keineswegs von der Tagesordnung verschwunden. Ein angesehener serbischer Volkswirtschaftler stellte offen die These auf, der Wiederschluß des Kosovo könnte sich als wirtschaftlich unbegründet erweisen. Auch die Barrieren müßten berücksichtigt werden, welche die internationale Gemeinschaft bereits aufgestellt hat. Obwohl die Selbständigkeit des Kosovo für verhältnismäßig lange Zeit den großserbischen Nationalismus

konservieren würde, hat es den Anschein, als ob irgendwo hinter den Kulissen diese Lösung die meisten Befürworter hätte.

Im Falle beider fraglichen Modelle muß mit der dauerhaften Präsenz oder gar einer neuerlichen Steigerung des großserbischen Nationalismus gerechnet werden. Wenn dem so ist, dann werden Mittel benötigt, welche die großserbischen Emotionen bremsen und tolerierbar machen könnten. Es gibt internationale Kräfte, die eine weitestgehende Autonomie der Vojvodina als ein solches Mittel gegen den serbischen Nationalismus ansehen.

III.

Was kann die ungarische nationale Gemeinschaft in der Vojvodina in ihrer heutigen offenen und ungelösten Lage erwarten? Es gibt Umstände, die sie fördern, und wieder andere, welche die optimale Lösung für die Vojvodina-Magyaren, nämlich die Einrichtung der ungarischen (Personal-) Autonomie, behindern.

Es ist eine historische Tatsache, daß das Trianon-Trauma auch achtzig Jahre nach der Zerstückelung des historischen Ungarn wirksam ist. In den Nachfolgestaaten entwickelte sich schnell – aus Furcht, sie könnten die leichte Beute verlieren –, ein Angstsyndrom. Als Kompensation versuchte man von Anfang an, mit staatlichen Mitteln und allen Finessen die ungarischen nationalen Gemeinschaften zu assimilieren. In Serbien war das auch nicht anders.

Obwohl sich die politische Elite Ungarns seit langem darüber im klaren ist, daß für die Wiederherstellung früherer Zustände praktisch keine Chance besteht, konnte sie kein Modell schaffen, das eine Perspektive zur Überwindung des Trianon-Traumas geboten hätte. Dies gelang auch in den letzten zehn Jahren nicht, obwohl die Idee der nationalen Integration ohne Grenzveränderung eine gute Lösung zu sein scheint. Das Problem liegt darin, daß sie auch von ihren Befürwortern unterschiedlich gedeutet wird.

In der Vojvodina muß man aber schon in allernächster Zukunft zur Tat schreiten. Serbien gewährt freiwillig, nur zur Wahrung der Identität der ungarischen nationalen Gemeinschaft, keine Autonomie. Die politische Elite der Vojvodina-Magyaren ist gespalten, und sie tritt nicht einheitlich für eine ungarische (Personal-) Autonomie ein. Wenn auch der zielstrebige Auftritt der ungarischen Regierung ausbleibt, kann es leicht geschehen, daß diese nationale Gemeinschaft ohne Autonomie bleibt.

Ist die ungarische (Personal-) Autonomie zu viel oder zu wenig? Sie ist jedenfalls weniger als die Territorialautonomie und allemal mehr als das die mindesten Minderheitenrechte festschreibende und unter dem Namen *Lex Várady* bekannte Minderheitengesetz, das keine Autonomie vorsieht.

Die den Nachfolgestaaten zugeschlagenen ungarischen Minderheiten kämpfen seit achtzig Jahren in ständiger Spannung um ihre Existenz. Zwar in verminderter Anzahl, jedoch mit immer wieder aufflackernder Hoffnung kämpfen sie dafür, als ureingessene nationale Gemeinschaft in ihrer Heimat verbleiben zu können.

Der seit Jahrzehnten geführte Kampf und die starken Prüfungen, die sie infolge der Assimilationsbestrebungen und der Wechselfälle der Großmachtpolitik erleiden mußten, haben ihren Realitätssinn besonders ausgeprägt. Als Gemeinschaft neigen sie in keinem der Nachfolgestaaten zu extremistischen Lösungen. Zugleich haben sie dank der guten Beurteilung ihrer historischen Lage bereits zu Beginn der politischen Wende ihren politischen Standpunkt herausgebildet: Die Magyaren in der Vojvodina, in Rumänien und in der Slowakei wollen die nationale Integration der im Karpatenbecken lebenden Magyaren ohne Änderung der bestehenden Staatsgrenzen und, als deren handfeste Erscheinungsform, mit der doppelten Staatsbürgerschaft. Diese in Ungarn noch immer widersprüchlich scheinende Lösung wird durch die gegenüber der örtlichen Machtelite ausgesprochene Autonomieforderung ergänzt, die wiederum in den Nachfolgestaaten auf eine heftige Ablehnung stößt. Beide Forderungen sind aber praktikabel. Die gleichzeitige Forderung der doppelten Staatsbürgerschaft und einer ungarischen (Personal-) Autonomie paßt gut zur zukünftigen ungarischen nationalen Strategie, gleichwohl bedeutet sie – wegen ihres demokratischen Charakters – auch für die Nachbarstaaten Ungarns keine Gefahr. Vorausgesetzt, daß sich diese auch wirklich im Frieden, die Menschen- und Gemeinschaftsrechte achtend, in Europa integrieren wollen.

Bezüglich der Vojvodina-Magyaren muß festgestellt werden: Die harte innere Auseinandersetzung ihrer zweipoligen politischen Elite hemmt die Entfaltung.

Die politische Elite der ungarischen nationalen Gemeinschaften ist von Anbeginn an, und zwar nicht nur in der Vojvodina, in zwei Flügel geteilt. Diejenigen, die vor allem ihr eigenes Wohlergehen vor Augen halten, sind in erster Linie darum bemüht, sich in die Gesellschaft des jeweiligen Staates zu integrieren. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die trotz jahrzehntelanger Trennung in den Kategorien der Nation denken und die Integrationsprozesse innerhalb der ungarischen Nation für wichtiger erachten.

Dieser Unterschied in der Werteordnung hat einen harten politischen Kampf zur Folge, der einen Fortschritt in der Sache der ungarischen (Personal-) Autonomie verhindert. Die Auseinandersetzung dauert schon zehn Jahre. Es ist aber wichtig zu sehen, daß der Kampf innerhalb der zweipoligen politischen Elite, infolge seiner Natur, nur unter den Bedingungen einer harten Diktatur zurückgedrängt wird, aber auch mit den Mitteln der Diktatur nicht abzuschaffen ist. So ist die Rivalität der beiden Flügel ei-

gentlich ein Anschauungsunterricht für die gesamte nationale Gemeinschaft. Und sie stellt einen Beweis dafür dar, daß auch eine Minderheitsgesellschaft gegliedert ist und aufgrund der demokratischen Parteienpluralität funktioniert.

Es ist nur zu natürlich, daß der sich der jeweiligen serbischen Macht anschmiegende Flügel der zweipoligen politischen Elite in der besseren politischen Lage ist und sich zur Bewahrung dieser Position im Grunde genommen mit der Autonomie der Vojvodina zufriedengibt, beziehungsweise mit dem, was er, ohne sich der herrschenden Macht entgegenzustellen, bekommen kann. Aber auch der Flügel, der die ungarische (Personal-) Autonomie fordert, ist nicht chancenlos. Dies zum Teil deshalb, weil er bei den letzten Wahlen die Stimmen etwa eines Drittels der an der Abstimmung teilgenommenen Magyaren erhalten hat, aber auch deshalb, weil die Idee der Personalautonomie einfach eine gute Lösung ist. Kein einziger politischer Gegner der Autonomiebefürworter wagt es, sich offen dagegengzustellen. Als schwerwiegendster und keinesfalls als prinzipientreu einzustufender Einwand wird vorgebracht, daß die Befürworter der Autonomie Illusionen nachliefen. Aber auch dies war nur während des Wahlkampfes zu hören.

In den vergangenen zehn Jahren änderte sich zwar die Haltung der internationalen Gemeinschaft zur Minderheitenautonomie in eine günstige Richtung, aber zu einem Durchbruch kam es trotzdem nicht. Die Meinung hat sich nicht durchgesetzt, wonach in der entsprechenden Form der Minderheitenautonomie ein guter Kompromiß liegen könnte, einerseits zwischen dem gegebenen Staat und andererseits zwischen der auf seinem Gebiet lebenden, zur Selbstverwaltung fähigen nationalen Minderheit. Mit diesem Kompromiß könnte jedoch der Staat einen öffentlich-rechtlichen Rahmen schaffen, der sich für die Tätigkeiten zur Bewahrung der Identität der Minderheitengemeinschaften eignen würde. Zum anderen könnte die zur Selbstverwaltung fähige nationale Minderheit sich im öffentlich-rechtlichen Rahmen der Autonomie vom Gefühl der Gefährdung befreien, welches sie sonst übrigens dazu anspornen könnte, die Lösung in der Modifizierung der Staatsgrenzen zu suchen, um auf diese Weise die Bewahrung ihrer Identität zu sichern.

Es ist möglich, daß die zunehmende internationale Unterstützung der Autonomieidee gerade im Falle Serbiens zukünftig zu einem Durchbruch führen wird. Im Demokratisierungsprozeß muß nämlich etwas in der Sache der Minderheitenforderungen getan werden, und die Personalautonomie könnte eine Lösung für alle sein. Wenn die neue serbische Macht möglichst schnell diejenigen Hürden nehmen will, die sie an der Wiederaufrichtung des Landes hindern, dann könnte sie Zugeständnisse machen, die ihre Souveränität nicht schmälern, sondern ihre internationale Anerkennung erhöhen.

IV.

Die ungarische politische Elite der Vojvodina hat zu Beginn der 1990er Jahre diejenigen Autonomievorstellungen herausgearbeitet, die mehr oder weniger auch heute noch im politischen Denken der Vojvodina anzutreffen sind. Im ganzen gesehen war sie bestrebt, einen eigenen Standpunkt in der Minderheitenfrage zu erarbeiten. Der Flügel der Autonomiebefürworter hat sich neben der Personalautonomie auch mit der Territorialautonomie beschäftigt. Diejenigen, die im Einvernehmen mit der Macht etwas vorzuweisen versuchen, streben eher die territoriale Autonomie der Vojvodina an und wollen mit einem Minderheitengesetz die Kluft überbrücken, die sich zwischen den Rechten des einzelnen und dem Weiterbestehen als Gemeinschaft auftut. Diese Diskrepanz ist im jahrelangen Kampf erhalten geblieben, sie nahm sogar zu. Es ist nicht zu leugnen, daß die Argumentation der Autonomiebefürworter ihre Wirkung tut. Im Bewußtsein der Vojvodina-Magyaren ist die Erkenntnis herangereift, daß sie als Gemeinschaft nur dann weiterbestehen könnten, wenn es ihnen ermöglicht würde, mit Hilfe ihrer Autonomie in der gegebenen Gesellschaft als Subjekt des öffentlichen Rechts zu erscheinen, und wenn sie sich zugleich auch in die große Gemeinschaft der im Karpatenbecken lebenden Magyaren frei integrieren könnten. Nur mit dieser noch verschwommenen Erkenntnis ist zu erklären, daß bei den letzten Wahlen – obwohl es damals um den Sturz des Milošević-Systems ging – die Devise der ungarischen Autonomie *und* der doppelten Staatsbürgerschaft von etwa einem Drittel der ungarischen Wähler unterstützt wurde.

Diejenigen, die, auf ihre individuellen Belange bedacht, nur die Autonomie der Vojvodina für notwendig halten, argumentieren nur selten. Wenn sie es aber trotzdem tun, nennen sie zwei Argumente.

Das erste Argument gründet sich auf Nostalgie. Wenn die Vojvodina ihren in der jugoslawischen Verfassung von 1971 festgeschriebenen Status wiederbekäme, würde der hier erwirtschaftete Ertrag nicht Belgrad zugute kommen, und auch die Gleichberechtigung der ungarischen Bürger wäre zu sichern.

Das zweite Argument – und dieses kommt nur in den seltensten Fällen zur Sprache – lautet, daß die Autonomie der Vojvodina im Interesse der Zurückdrängung des großserbischen Nationalismus notwendig sei.

Es gibt in der Tat einflußreiche internationale Faktoren, die in der weitestgehenden Autonomie der Vojvodina diejenige Bremse sehen, die geeignet wäre, den die ganze Region bedrohenden großserbischen Nationalismus in die Zucht zu nehmen. Zwar haben seinerzeit Tito und seine Getreuen in der jugoslawischen Verfassung von 1971 neben derjenigen des Kosovo auch die weitestgehende Autonomie der Vojvodina festgeschrieben, um mit dem System der konstitutionellen Bremsen dem Auseinander-

derfallen des Landes vorzubeugen. Diese Bremsen funktionierten jedoch nur solange, wie die wesentlichen Strukturen des Einparteiensystems über die notwendige Kraft und den notwendigen politischen Einfluß zur Unterdrückung der aufwallenden Emotionen verfügten.

Zur Zeit ist aber in einer ganz anderen geschichtlichen Situation von der weitestgehenden Autonomie der Vojvodina die Rede. Eine solche Autonomie ist auch heute nicht auf demokratischem Wege zu verwirklichen. Die serbischen Wähler würden unter der durch den Verlust des Kosovo und wahrscheinlich auch Montenegros empfundenen Belastung der weitestgehenden Autonomie der Vojvodina unter keinen Umständen zustimmen. Einfach deshalb, weil dies nicht im Einklang mit ihren wohlverstandenen nationalen Interessen stünde. Eine unter Umgehung einer Volksabstimmung oktroyierte Autonomie könnte jedoch nur durch ständigen äußeren Druck aufrechterhalten werden, dies aber auch nicht lange, weil die Provinz bereits fast zur Hälfte in Belgrads wirtschaftlichem Einzugsbereich liegt.

Die Idee der Territorialautonomie ist zwar in den Autonomieentwürfen einiger ungarischer Parteien enthalten und hat sogar in deren politischen Programmen Eingang gefunden, es gibt aber derzeit keine Partei, die in der ungarischen politischen Öffentlichkeit deren Verwirklichung anstreben würde. Kein Wunder! Derjenige, der in der Vojvodina eine Territorialautonomie der Magyaren verwirklichen wollte, müßte mindestens zwei schwerwiegende Widersprüche auflösen.

Der eine hängt mit der ungarischen Siedlungsstruktur in der Vojvodina zusammen. Die Magyaren leben zerstreut in der Vojvodina. Wie man auch die Grenzen des Autonomiegebietes ziehen würde, es könnten höchstens sechzig Prozent dieser Minderheit in den Genuß der Territorialautonomie kommen. Obendrein so, daß auf dem autonomen Gebiet, auch bei einer möglichst günstigen Grenzziehung, das prozentuale Verhältnis der anderen Nationalitäten mindestens 40, jetzt aber schon eher 45 Prozent ausmachen würde. Man könnte also zwar eine nominelle Autonomie errichten, aber unter Berücksichtigung des spezifischen politischen Gewichtes der serbischen Bevölkerung kann als sicher angenommen werden, daß dort nicht die Magyaren zu bestimmen hätten. Die traurigen Erfahrungen der sogenannten ungarischen Selbstverwaltungen zeigen, daß die dort lebenden Serben im Schatten der Verwaltungsmacht und mit deren Unterstützung auf verschiedene Weise zwar, aber überall dominieren. Das Konzept der ungarischen Territorialautonomie gibt also keine Antwort auf die Frage, was mit den ungarischen Sprachinseln und Streugebieten geschehen solle. Könnte die ungarische Territorialautonomie die Bewahrung der Identität der nationalen Gemeinschaft sichern? Könnten die für die Bewahrung der nationalen Identität wichtigen Angelegenheiten wie Unterrichts-, Bildungs- und Informationswesen wirklich mit einer sich auf die

gesamte Gemeinschaft erstreckenden Gültigkeit von ungarischen politischen Kräften getragen werden?

Aber auch der zweite Widerspruch ist nicht leichter aufzulösen.

Über welche wirtschaftlichen Befugnisse könnte die ungarische Territorialautonomie verfügen, wenn auch der Staat sich den Gefahren des wirtschaftlichen Globalismus stellen muß? Wie würden sich die wirtschaftlichen Befugnisse innerhalb der ungarischen Autonomie, der Provinz Vojvodina und des serbischen, womöglich des jugoslawischen Staates verteilen? Diese Dilemmata und Widersprüche werden von keinem der ungarischen Territorialautonomiemodelle beantwortet. Wohl deshalb, weil sie in rechtlich schlüssiger und politisch korrekter Form auch nicht zu beantworten sind.

Das Modell der ungarischen (Personal-) Autonomie löst diese Widersprüche auf. Das Vertretungsorgan der Personalautonomie könnte in einem entsprechenden öffentlich-rechtlichen Rahmen die für die Bewahrung der Identität der nationalen Gemeinschaft wichtigen Angelegenheiten mit Hilfe seines Exekutivorgans lenken und erledigen. Die Zuständigkeit der ungarischen (Personal-) Autonomie erstreckt sich auf jeden ungarischen Bürger, der sich zu dieser Gemeinschaft bekennt, in der Weise, daß dabei weder die staatliche Souveränität verletzt noch die Bestrebungen der übrigen nationalen Gemeinschaften zur Wahrung ihrer eigenen Identität hintertrieben würden.

Das von der Ungarischen Demokratischen Partei der Vojvodina (*Vajdasági Magyar Demokrata Párt, VMDP*) ausgearbeitete Modell der ungarischen (Personal-) Autonomie stellt einen konkreten Vorschlag für die praktische Geltendmachung der gemeinschaftlichen (Kollektiv-) Rechte dar. Dieses Vertretungsmodell eignet sich dazu, die mit der Bewahrung der Identität der nationalen Gemeinschaft zusammenhängenden fundamentalen Interessen zu erschließen, zum Ausdruck zu bringen und zu vertreten. Es fordert keine territoriale Abgrenzung und schafft zugleich einen öffentlich-rechtlichen Rahmen, in dem die Vojvodina-Magyaren ihr eigenes öffentliches Leben gestalten können und der ihnen erlaubt, in den ihre Identität unmittelbar beeinflussenden Angelegenheiten wie Unterrichts-, Bildungs- und Informationswesen selbst zu entscheiden.

Die Mitglieder des Vertretungsorgans werden – nach den Prinzipien des Mehrparteiensystems – von den Vojvodina-Magyaren selbst gewählt. Wählen dürfen diejenigen, die in das Wählerverzeichnis der Vojvodina-Magyaren eingetragen wurden. Das Vertretungsorgan der ungarischen (Personal-) Autonomie ist nur den Magyaren in der Vojvodina politisch verantwortlich. Das Modell der ungarischen (Personal-) Autonomie ist mit den öffentlich-rechtlichen Institutionen der örtlichen Gesellschaft organisch verbunden. Das Wählerverzeichnis der Vojvodina-Magyaren kann auf der Grundlage der Freiwilligkeit, aber nur in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verwaltungsorganen erstellt werden.

Zum zweiten setzt das Funktionieren des Modells der ungarischen (Personal-) Autonomie einen ständigen Arbeitskontakt mit den staatlichen Organen, vor allem mit der zuständigen Regierung, voraus, und zwar nicht nur bezüglich des Autonomiehaushalts, sondern auch im Hinblick auf die Zuständigkeit der allgemeinen staatlichen Kontrollorgane.

Drittens muß sich die Institution der ungarischen (Personal-) Autonomie dem Rechtssystem des Staates anpassen. Die Verfassung ermöglicht die Einführung der Autonomie. Darüber hinaus muß gesetzlich festgelegt werden, daß das Vertretungsorgan der Autonomie auf dem Gebiet des Unterrichts-, Bildungs- und Informationswesens das Recht zur Gesetzgebung hat. Die Verabschiedung des Statuts der ungarischen (Personal-) Autonomie ist selbstverständlich die Aufgabe des Vertretungsorgans der Autonomie, er kann jedoch erst nach staatlicher Gegenzeichnung in Kraft treten.

V.

Abschließend seien die Thesen dieses Vortrags zusammengefaßt.

Seit den Ereignissen vom 5. Oktober 2000 lautet die Frage, ob die großserbische Ideologie weiterhin wirksam bleibt, was die Entfernung zwischen Serbien und Europa von neuem vergrößern würde, oder ob mit internationaler Hilfe auch Serbien den Weg nach Europa einschlägt.

Auf den neuen Präsidenten Koštunica wartet die überaus komplexe Aufgabe, die Ordnung im Lande wiederherzustellen. Er muß das politische System demokratisieren und die heruntergekommene, durch Maffiaelemente belastete Wirtschaft funktionsfähig machen, während das Land seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen hat. Die Zusammenarbeit mit dem Haager Gericht wäre hier beispielsweise zu erwähnen.

Die Lage in Jugoslawien verbessert sich, noch sind aber nicht alle Gefahren gebannt. Darauf deutet auch hin, daß seit dem Umbruch die Vertreter der Großmächte und Amerikas bemüht sind, die Dinge in den Händen zu behalten, und sie handeln schnell. Sie sondieren bereits mit zwei Lösungsvorschlägen die internationale öffentliche Meinung. Der erste Vorschlag betrifft eine vage Vorstellung über eine Föderation zwischen Serbien, Montenegro und dem Kosovo, der zweite sieht eine stufenweise Selbständigkeit des Kosovo vor.

Nach der möglichst zufriedenstellenden Lösung der Kosovo- und der Montenegro-Frage muß die neue Verfassung verkündet werden. Darin müssen die Autonomien der Vojvodina und der Minderheiten geregelt werden.

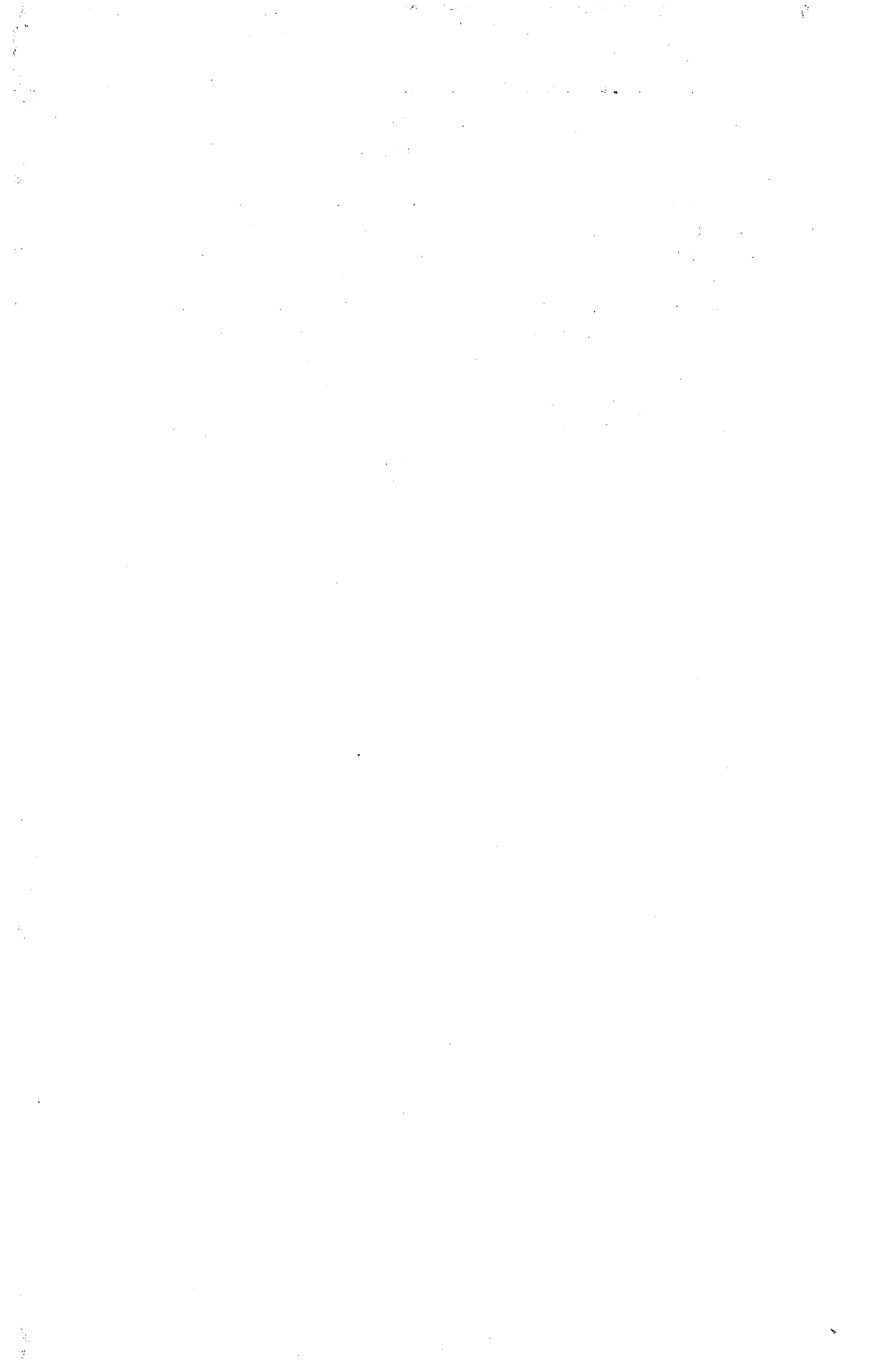
In der Frage der Autonomie der Vojvodina müßte die serbische politische Elite einen Vorschlag machen und vielleicht dabei auch Alternativlösungen nennen. Über die Vorschläge – vorausgesetzt, daß die neue demo-

kratische Führung auch eine demokratische Entscheidung will – können jedoch nur die Bürger der Vojvodina entscheiden, und zwar durch eine Volksabstimmung.

Für die Magyaren der Vojvodina stellt die ungarische (Personal-) Autonomie die einzige Lösung dar, welche die Wahrung ihrer Identität und ihren Erhalt als Gemeinschaft sichert. Im Grunde ist es gleich, ob die Magyaren diese Autonomie im Rahmen von Serbien oder in dem einer Autonomen Vojvodina verwirklichen würden. In der Praxis würde jedoch die ungarische (Personal-) Autonomie einfacher funktionieren, wenn ihre Führung unmittelbar mit der serbischen Regierung verhandeln könnte und nicht auch vor der Instanz der Autonomen Vojvodina zu erscheinen hätte.

Die Einrichtung der Autonomie der Magyaren in der Vojvodina hängt davon ab, ob die heute noch gespaltenen politischen Eliten der Vojvodina, die ungarischen eingeschlossen, sich mit schlüssigen Argumenten und entsprechendem politischen Willen dafür einsetzen können. Das Dilemma ist seit zehn Jahren das gleiche: Sie müssen entscheiden, ob sie die ungarische (Personal-) Autonomie wollen oder sich auch mit dem, die mindesten Minderheitenrechte festschreibenden *Lex Várady* zufrieden geben.

Es ist die geschichtliche Verantwortung der politischen Elite Ungarns, so zu einem Einvernehmen in der Angelegenheit der durch Grenzen abgetrennten ungarischen Volksteile zu kommen, daß sich die Lösung zur Beendigung des Trianon-Traumas eignet. Die Magyaren der Vojvodina können vertrauensvoll in Richtung des neuen Jahrtausends blicken, wenn sie ihre Personalautonomie zu verwirklichen vermögen, und wenn diejenigen, die sie beanspruchen, auch die doppelte Staatsangehörigkeit bekommen. Die Lage ist reif für eine Entscheidung, vor allem in der Vojvodina, aber auch in Ungarn.



Legal, economic, social and cultural conditions of local administration in Vojvodina

Addressing the issue of the political aspirations of the Vojvodina Hungarians is simply provoking the evaluation of basic elements of political and historical background of the region in the passing decade.

One has never to forget that by the time of surrection of the Milošević regime, the ethnic minorities in Vojvodina (and not only them) had an inevitable impression of endangerment. This impression was not lacking of realism: Milošević's name and his regime were not only symbols of aggressive Serbian nationalism, but main actors in the disintegration drama of the former SFR of Yugoslavia as well. The latter events had proven: the regime invested constant efforts in the creation of surviving technics. One of the cornerstones of these technics were the constant attempt to shape images of new enemies, both inside and outside the country. After identifying the Slovenes, the Croats and Bosnjaks as major enemies of Serbian national and state interests, this string was later on continued with the current Montenegrinian state leadership – and finally with the entire ethnic Albanian population of Kosovo. The public opinion of the Vojvodina Hungarians in 1988/1989 was practically unanimous in evaluation: if nothing happens to prevent Milošević, his regime is supposed to make a shift in searching the enemies, so the ethnic minorities in Vojvodina (first of all Hungarians, and to some extent the Croats), alongside the Bosnjaks of Sandžak, could easily have been targeted by the growing hostility and impatience of the regime.

The described string was present, obvious and identifiable from the late 1980s and early 1990s. Meanwhile, inside the ethnic Hungarian community another concern emerged: the political, economic and general circumstances of the country and the Province resulted in a dramatic decrease of the ethnic Hungarian population, both in absolute figures, and in its share in the total population of Vojvodina. This situation was surprising only for idealists, advocating the benefits of the ideological pillar in late President Tito's Yugoslav version of communism named as »brotherhood and unity of nations and nationalities in Yugoslavia« (where »nationality« was the euphemism for »ethnic minority«). The system of treatment of the ethnic minority issue had shown two faces. After World War II. the ethnic Hungarian community had to pass a regime-enforced amnesia regarding the ethnic cleansing carried out by Tito's Partisans in Autumn 1944 under the cover of »liberation from Nazi rule«. After this period, the ethnic Hungarian public – or let me put it this way: the majority of the minority – was

comfortable with the community's visible and practical position in the economic and political life of the country: the »Party« (the League of Communists in Yugoslavia) took care of having not only the representatives of the so called »constituting nations« in top ranking political, governmental, company executive management, administrative and other positions, but Albanians, Hungarians, Slovaks, etc. as well. Several accomplishments, such as widening possibilities of education in Hungarian language, legal and practical guarantees of official use of Hungarian and other minority languages in judicial and administrative procedures, made contribution in developing the image of SFR of Yugoslavia as a society of equal citizens, regardless their ethnic, religious or other background. On the other hand, some things were strictly forbidden. First of all, to attempt to create comprehensive organizational structure (association, party, union) which would take care of the ethnic minority communities' interests. This was the »angrier side« of the regime's face. The »Party« was always reluctant to recognize minority interests worded by the minority itself. What more, between 1944 and 1988 it was even ready to trial and to sentence (or at least to eliminate from political, professional or public life) persons not acknowledging this ban. Summarizing the situation: the system was not providing the long lasting preservation of the ethnic identity. It was more or less in function of ethnic assimilation enforced in silence.

The year 1988 brought a handfull of controversies in former SFR of Yugoslavia. Having the surrection of the ghost named Slobodan Milošević on one side, and the lift of the described ban on political organization on ethnic basis on the other side. This latter development seemed to be a relief among growing tensions in the country.

By this time a growing notion about the impossibility of having a well structured system of *self-administration / self-management / limited self-determination* of the ethnic community emerged to be in the focus of the Vojvodina Hungarians' political activity. In understanding these desires it is important to stress out several elements.

1. According to the current political reality, the following major fields have a special emphasis in the context of the preservation of the ethnic identity: education, culture, media in Hungarian language and official use of Hungarian language (and other minority languages).

2. The currently extremely centralized Serbian constitutional, political, administrative and economic system is proven to be seriously insensitive for realistic solutions of ethnic minorities' problems; Vojvodina – after carrying out appropriate constitutional, legal, political and administrative adjustments – in capacity of a province with remarkable autonomous competences, could play a successful role in dealing with these issues.

3. The current system of Serbia's administrative division, which by the time of its introduction – among others – openly aimed the unnatural division of the Northern part of Vojvodina in two parts, locally inhabited by an

ethnic Hungarian majority, not respecting natural borders and naturally developed communication lines, cooperation links, economic interest, etc. The correction of this system – which, for other reasons, proved to be inadequate in other Serbian regions, too – is an elementary interest of the entire Republic.

4. The elementary need for establishing a dialogue between minority and majority, between the political representatives of the ethnic Hungarian community and the political representatives of the majority nation (the governments) had acquired new impulses after the victory of the Democratic Opposition of Serbia (DOS) on the recent Federal, Province and local elections. Special expectations emerge to the upcoming Serbian elections, scheduled on December 23rd.

5. The position of my Alliance of Vojvodina Hungarians (*Vajdasági Magyarok Szövetsége*, VMSZ) after entering the Government of Vojvodina is opening perspectives, not only by sharing responsibility in exercising the executive power, but in improving the chances to reach an understanding with the Serbian majority in issues of strategic importance for the Vojvodina's Hungarians.

A special layer in the problem of legal and practical equality of persons belonging to the ethnic Hungarian community is the access to equal chances in economy and employment, having in mind that the Milošević regime exercised open discrimination in some of the affected fields. Hungarians and other minority representatives were simply fired from public services of top importance for the passing regime (police, customs service, financial police, administrative supervision services, leading positions in judicial, social welfare or health care system). Hungarian enterprise owners – alongside with all entrepreneurs of the former Serbia, not supporting Milošević's Serbian Socialist Party – were prevented to be involved with commercial and business privileges provided by the government.

Way of acting

One can easily be encouraged by the fact that – beside some frustrating experiences – the Western part of the Old Continent is running and acknowledging several systems for the solution of emerging local ethnic problems. No one of them can be applied linear to the situation in Vojvodina, but they certainly offer some ideas for a long lasting – and perhaps an exemplary – solution. The basic idea which draws the most attention is to bring the decision-making competences and capacities close to the affected community. In translation, it shapes a future in which the ethnic Hungarian community of Vojvodina is supposed to be entitled to carry out decision making and -enforcing competences regarding the issues in the above mentioned fields of special interest for the preservation of the

national identity. This basic idea is identifiable as the system of minority autonomies. Up to this point, there was always a transparent consensus inside the Hungarian community during the last years.

The past decade was a period of intensive search for the most appropriate structure of the political concept representing the communities' interests. After emerging several versions during this remarkable period, by the end of the NATO air campaign mid 1999, we invested some efforts in subliming all theoretical and practical experience in a comprehensive concept under the title: „Draft-agreement on the political and legal frameworks of the self-government of Vojvodina and the national communities of Vojvodina“. The document is therefore a summary of ideas, political concepts, desires and demands, which were acknowledged by the authors as contributions of politicians and experts of the Vojvodina Hungarian community, Hungary and other European minority communities. The document is a detailed concept of ethnic autonomy for the Hungarians in Vojvodina, with a special remark that the concept is – after necessary adjustments – applicable for all other minority communities of the Province.

Its chapter, dedicated to the autonomy based on the personal principle, provides the right to create a responsible political body, which would be entitled to acquire competences in carrying out decisions in most important questions. At this point, it is important to stress out the establishment of the Interim Hungarian National Council (IHNC) in August 20th 1999, as a body consisting the elected Federal, Republic and Province deputies of the Vojvodina Hungarians and a number of elected Hungarian members of Vojvodina's local municipalities. The position and the political goal of the Interim Council is to prepare the basis for a new scheme of toleránt cooperation among elected representatives of the minorities and governments on various levels in the FR of Yugoslavia. The IHNC is at present not officially acknowledged and has no legally guaranteed competences. For it's more than one year of activity, it was therefore being active in creating updated catalogues of problems in several fields of the life of the Vojvodina Hungarians, and necessary measures to acquire remedy. The immediate political goal is to create a partner status for the IHNC in the communication with the Government of Vojvodina for arrangements in minority problems. This effort will, by all means, only be successful if our political partners on the majority side would accept the importance of a new approach towards the ethnic issue. However, the idea has to be developed in the future in direction of carrying out direct elections for the National Council inside the ethnic Hungarian community, which is the most appropriate way for a clear and an undoubted expression of the community's political will.

The document also advocates the real autonomy for the Province of Vojvodina. In the background of this aspect there is a – not really hidden – expectation of the Vojvodina's Hungarians that the Province is supposed

to be proven as a more appropriate framework for a long lasting, constitutionally and legally based and safeguarded area for tolerant interethnic relations – quite as it sometimes was in recent history. The document contains newly designed provisions on safeguarding the minorities' interests. A new model of bicameral province parliament could be one of the most important pillars of these efforts. However, there are other serious reasons to advocate the entire spectrum of autonomy for the Province. The majority of Vojvodina's population is confident that during the Milošević regime they suffered a large scale exhaustion of the Province's economic resources. This situation brings in the element of joint political interest of Serb, Hungarian, Croat, Slovak citizens, what has a specific importance in the overall context.

Finally, the document dedicates a chapter to the new model of a self-government in a Hungarian District. The idea is based on the fact that the most Northern region of the Province is inhabited by a local Hungarian majority. This deserves special attention. The local population (both Hungarians and non Hungarians) are unanimously sharing bitter experiences with the Milošević regime: lack of government's respect for local, regional and especially minority interests, intentionally discriminative administrative division and practice, etc. Beyond the fact, that this element easily provokes disputes and resistance on the Serbian side, it has to be stressed out that the model is basically designed as a response to the current centralized administrative structure of Serbia, aiming on a fair reconstruction, which is respecting both, majority's, minority's and general citizens' interests.

Each political concept has, by all means, some political value, but the real value appears in the mirror of it's feasibility. We must bear in mind that a minority community, however politically well organized, is unable to enforce it's political demands without either a political dialogue with representatives of the majority, or without assistance of the international community (actually, without both of them). One of the most important preconditions for bringing to life the elements of the described political concept step-by-step, is to open a full-scale dialogue with the »Serbian side« and to discuss, how to design the new modalities of a balanced multi-ethnic society of the new Serbia. The VMSZ took this responsibility: it has been involved from the very first moment in the emerging DOS, built up cooperation and mutual respect with other partners involved in this alliance. Important milestones of these communications were two conferences about the minority issue in Vojvodina, organized by the Project on Ethnic Relations (New Jersey, USA) and held in Vienna late 1999 and Athens early 2000. Major democratic parties of Serbia, Vojvodina and the major minority parties and organisations in the Vojvodina (Hungarians, Croats and Rumanians) participated. The communiqués adopted on these conferences tracked a way which leads to several consequences. First, the Serbian par-

ties recognized the importance of the minority and the Vojvodina issue for the new Serbia. Second, various forms of ethnic autonomies were acknowledged as possible ways for long lasting solutions. Both elements indicate the necessity and, hopefully, the determination to address these issues at the very first appropriate time. Finally, this was the first indication of the later on fully developed elective cooperation of the major minority parties in Serbia with the DOS. Just to recall, beside the VMSZ, the Coalition for Sandžak was involved as well. At this point we can emphasize a growing notion of the issue's importance inside the DOS in firm relation of the accession and chances of FR Yugoslavia's readmission to international organizations.

The VMSZ was facing a decision about taking part in the executive power of the country. Regarding the Federal Government prevailed the opinion that the most influential Hungarian party does not have any emergency to claim for positions in this – hopefully transitional – government. The party's priority is to preserve it's energy for the dialogue on the position of the Hungarian community. However, the results of the VMSZ on Federal Parliament's, Vojvodina Parliament's and local elections occurred to be impressive. With 17 representatives the party became the third largest owner of mandates in the Province Assembly. Beside the confirmation of the undoubtedly leading position and trust among the ethnic Hungarian community, this success revealed a new challenge: the challenge of participating in the Province Government. The VMSZ finally entered the Province Government. There were several reasons approving such a decision. On the one hand, it was a confirmation of ongoing efforts to acquire profound changes in the Province's constitutional position. On the another hand, the involvement into the Province Government ensures widening perspectives for accomplishing the political goals summarized in the previously elaborated concept. The VMSZ therefore accepted several responsible positions, such as Vice-Presidency both of the Parliament and the Government, Secretary for Education, Culture and Science, Secretary for Minority, Legislative and Administrative affairs, and several deputy-secretary positions. The first steps of this government are extremely troublesome. The lack of constitutional competences and resources seem to be discouraging, but the plans for future improvement are based on expectations of DOS's victory in the republic's elections in December 2000.

This involvement of the VMSZ is an important element of confidence building between majority and minority in Serbia and Yugoslavia. There is a visible common interest on both sides to ease the way of the FRY to international organisations and various forms of integrations. At the same time, it has to be reminded that the Yugoslav legal system is far from being conform with the expectations, formulated by OSCE and Council of Europe in respect of human rights, regional and minority issues. Joint efforts have to be carried out in near future to meet all necessary require-

ments, and in this respect the country needs assistance by the international community. Everyone is aware of the urgent need to give hands to the newly emerging democratic leadership as a first rank political priority, but it is good to have in mind the importance of the minority issues. The time we are living in seems to carry excellent opportunities to build a solid foundation for a really democratic Serbia. Substantial share of responsibility is now on the international community, which is in the unique position to urge in a very clear manner the new Serbian leadership to act in this direction.

Rechtliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen der Lokalverwaltung in der Vojvodina

Die jugoslawischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie die Wahlen zum Provinzparlament und den Kommunalvertretungen der Vojvodina vom 24. September 2000 und die ganz Serbien erfassende, friedlich verlaufende Revolution vom 5. Oktober 2000 bedeuteten den Abschluß eines zwölf Jahre währenden Prozesses. Jener großserbische Nationalismus, an dessen Spitze sich 1988 Slobodan Milošević stellte, und der sich zuerst in der sogenannten »Joghurt-Revolution« an der Autonomie der Vojvodina austobte und alle Krisen im Raum des ehemaligen Jugoslawien auslöste, wurde – so hat es den Anschein –, »abgepfeifen«. Seine Parolen sind beim Serbentum verpufft. Aber Glut und Zündkraft dieses Nationalismus blieben auch bei den als am bürgerlichsten geltenden serbischen Parteien der Vojvodina erhalten. Die Erwähnung Kosovos erweckt nämlich noch immer die großserbischen Träume zum Leben.

Die dringlichste Aufgabe in der Vojvodina zum jetzigen Zeitpunkt ist die Erweiterung der Kompetenzen der Provinz-Selbstverwaltung, denn das bisherige Provinzparlament und dessen gewählte Spitze hatten gegenüber Serbien höchstens eine vorschlagende Rolle. Als erstes gilt es also, die Kompetenzen zurückzuerlangen, die laut Verfassung und den derzeit gültigen Gesetzen möglich sind.

Dem könnte gewissermaßen als zweiter Schritt die durch Verfassungsänderung gebilligte Etablierung der Gesetzgebungskompetenz der Provinz folgen. Im Anschluß hieran wären Republikgesetze zu schaffen, welche die Interessen der Provinz schützen. Im Zuge der Dezentralisierung sind verschiedene Kompetenzen und Zuständigkeiten (sowie die lokale Verwendung der erhobenen Steuern) nach unten zu verlagern, und zwar nicht nur auf die Ebene der Provinz, sondern auch auf die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung, das heißt, der (Groß-) Gemeinden und selbst noch kleinerer territorialer Verwaltungseinheiten.

Die bisherige Praxis der Selbstverwaltung

Seit den ersten im Rahmen eines Mehrparteiensystems abgehaltenen Kommunalwahlen im Jahr 1991 haben die Vojvodina-Magyaren entsprechend ihrer territorialen Verteilung beziehungsweise Siedlungsstruktur die Leitung der lokalen Selbstverwaltung in den Gemeinden mit ungarischer Bevölkerungsmehrheit erlangt. Diese sind: Szabadka (*Subotica*, *Maria Theres-*

siopel), Magyarkanizsa (*Kanjiza, Ungarisch-Kanischa*), Topolya (*Bačka Topola, Batsch-Topola*), Kishegyes (*Mali Idoš*), Ada (*Ada*), Becse (*Bečej, Betsche*) und seit der letzten Wahl Csóka (*Čoka*).

Die Praxis der Leitung der kommunalen Selbstverwaltung hat erwiesen, daß zuvor für unlösbar gehaltene Probleme und Konfliktsituationen – auch wenn der eigene Zuständigkeitsbereich der Gemeinden nicht als groß bezeichnet werden kann – auf dieser Ebene doch zu bewältigen und zu handhaben sind. Es wurde angestrebt, durch eine maximale Zentralisierung den Spielraum der kommunalen Selbstverwaltung zu minimieren. Das gesamte Vermögen der Selbstverwaltung ging auf die Republik über: Selbst eine Verpachtung oder Vermietung einfachster Geschäftsräume mußte von Belgrad genehmigt werden – auf dem Papier ist dies auch heute noch so. Von der realisierten Umsatzsteuer blieben nicht einmal zehn Prozent vor Ort beziehungsweise wurden den Siedlungen rückerstattet.

Das am 1. Januar 2000 in Kraft getretene neue serbische Gesetz zur Selbstverwaltung ermöglicht der Regierung, eine »Zwangsverwaltung« anzuwenden, sofern sie Regelwidrigkeiten in der Arbeit der kommunalen Selbstverwaltung zu entdecken glaubt. Damit wurde die Jacke so eng geschnitten, daß man sich darin nicht sehr bewegen konnte, von Tanzen ganz zu schweigen!

Warum ließen sich die serbischen demokratischen Parteien und die ungarischen politischen Organisationen darauf ein, mit gebundenen Händen in den Ring zu treten und sich im Schatten des Milošević-Regimes möglicherweise zu kompromittieren? Wohl deshalb, weil die praktische Verwirklichung des Interessenschutzes als vorrangig galt, um so Raum für die Entfaltung theoretischer Vorstellungen zu schaffen. Der außerschulische Bildungsbereich, die Amateur-Vereinigungen, Veranstaltungen der Traditionspflege, Aktionen und Wettbewerbe, die Kindergarten und Krippenversorgung, die Qualitätsverbesserung des Grundschul-, Gymnasial- und Hochschulunterrichts unter Beachtung unserer strategischen Zielsetzungen im Hinblick auf die Wahrung der nationalen Identität – zu all dem bot die praktische Politik, wie sie die Interessenschutzorganisationen der Vojvodina-Magyaren durch die kommunale Selbstverwaltung betrieben, gewisse Möglichkeiten.

Die Vojvodina hat 45 (Groß-) Gemeinden, wird von 16 verschiedenen Nationalitäten bewohnt und ist mit rund zwei Millionen Einwohnern, davon 17 Prozent Magyaren, multikulturell und multiethnisch. Das interethnische Verhältnis ist seit langem vergiftet und das Ergebnis einer Reihe historischer, wechselseitig nicht vergebener Kränkungen. Systemwechsel, Kriege, Grenzveränderungen beinhalteten das Potential zu einer »Abrechnung« zwischen den Nationen und Ethnien in dieser Region sowie die Realität unterschiedlichen Genozids. Die unschuldigen, harm- und schutzlosen Opfer sind bis heute nicht aufgelistet. Werden diese Fragen

und Probleme geklärt und miteinander besprochen, macht es das Unrecht und die erlittenen Kränkungen zwar nicht ungeschehen, aber es nimmt dem Vergeltungsdrang und der Rachsucht wenigstens die Spitze.

Den Selbstverwaltungen bereitete die äußere Blockade – die Jugoslawien belastete –, und die interne Blockade – die den nicht regimetreuen Betrieben und Unternehmen jegliches Ex- und Importgeschäft vereitelte –, die größten Schwierigkeiten. Es war auch problematisch, daß die überzogene Parteipolitik auch in der Wirtschaftssphäre in den Vordergrund gestellt wurde. Die NATO-Bombardements des Jahres 1999 boten Miloševićs Propagandamaschinerie die Gelegenheit, eine Zielpunktverschiebung bei der Bevölkerung hervorzurufen. Dies hatte zur Folge, daß die Bürger den Angriff gegen das System als gegen sie gerichteten auffaßten und sich Zielmarkierungen an die Brust hefteten. Die Selbstverwaltungen wiederum sahen sich im Kriegszustand gezwungen, sich noch stärker den zentralen Direktiven zu unterwerfen. Gegen Ende der 1990er Jahre bedeutete es ein besonderes Problem, daß die Witterung die Vojvodina alles andere als begünstigte: Dürreperioden im Sommer und Überschwemmungen im Winter lösten einander ab. In Zenta (*Senta*) kam noch das Hochwasser der Theiß hinzu, das in den letzten Jahren regelmäßig wiederkehrte. Hinzu kam die Verseuchung des Flusses im Jahr 1999, die dazu führte, daß allein in Zenta am Ufer dieses Flusses eineinhalb Tonnen verendete Fische eingesammelt wurden.

Auch das soziale Netz ist sehr brüchig geworden. In unseren Städten kam es sogar so weit, daß sie Suppenküchen einrichten mußten. In Zenta mit seinen 20.000 Einwohnern werden 1.000 Essensportionen an die Bedürftigsten der örtlichen Bevölkerung ausgegeben. Und die aus Kroatien, Bosnien und Kosovo in die Vojvodina Geflüchteten wollen nicht wieder in ihre Heimat zurückkehren. Die humanitären Organisationen, die im Interesse der Rückführung der Flüchtlinge auch finanzielle Hilfe leisten, sind selbst über die ablehnende Haltung der Flüchtlinge bei der Frage einer Rückkehr überrascht. Eine der schlechtesten Lösungen ist das westeuropäische Bemühen, diesen Flüchtlingen – die nun in der Vojvodina sind und nicht nach Hause zurückkehren wollen oder wegen der dort verübten Unrechtstaten nicht zurückkehren können –, hier, in diesem multiethnischen Gebiet den Auf- und Ausbau von Flüchtlingssiedlungen zu ermöglichen. Dies kann das Verhältnis zwischen den hier lebenden Nationen mehr als empfindlich stören, denn mit diesem Pseudohumanismus wird nur eine neue Konfliktquelle geschaffen und eine Krise heraufbeschworen. Im übrigen weist die Provinz niedrige Geburtenraten und ein negatives Bevölkerungswachstum aus, brauchte also tatsächlich mehr Menschen. Aber nicht in dieser Form und in einer Zeit nationalistischer Umtriebe, nicht aus Zwang und nicht Menschen, die aus einer radikal unterschiedlichen Kultursphäre kommen und eine Mentalität haben, die auch den Serben der Vojvodina fremd ist.

Zur Lösung anstehende Fragen

Eine der wichtigsten Fragen ist die der lokalen Finanzen. Dies bedeutet, daß die vor Ort realisierten Finanzen auch vor Ort verwendet werden, und das im Republikeigentum befindliche Vermögen der Selbstverwaltungen an diese zurückgegeben werden müssen. Wir sollten nicht nur die Hausmeister, sondern die Eigentümer unserer Gebäude, Liegenschaften und Grundstücke sein. Die zentrale Staatsverwaltung hat bisher Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne die entsprechende finanzielle Unterstützung zu gewährleisten. Es wäre zudem wichtig, eine Gebietsreform auf der Bezirks- beziehungsweise Kreisebene durchzuführen, damit die natürlichen, traditionellen, auf gemeinsamen kulturellen Wurzeln und Ethnika basierenden Regionen zusammengefaßt werden und nicht die Wahlarithmetik die Bezirksgrenzen bestimmt. Die bisherige Einteilung ist keine gute Lösung, denn die Selbstverwaltung wird durch einen von der serbischen Regierung ernannten Bezirksvorsteher kontrolliert, der über größere Mitspracherechte und Befugnisse verfügt als die Provinzorgane der Vojvodina.

Dringend notwendig wäre auch eine Reform der internen Organisation beziehungsweise des Aufbaus der lokalen Selbstverwaltungen, da sich in der gegenwärtigen Form die Mechanismen der Entscheidungsfindung zu langwierig gestalten. Der Bund der serbischen Freistädte entwickelte eine Initiative in diese Richtung, die vermutlich erneut diskutiert wird. Die Bezahlung der Angestellten der örtlichen Selbstverwaltungen ist ebenfalls eine wichtige Frage, denn auch diese wird zentral festgesetzt und ist so niedrig, daß die meisten befähigten jungen Leute davor zurückschrecken, in den Verwaltungsdienst einzutreten.

Im Rahmen des Konzepts der Euro-Regionen sollte der Kooperation auf territorialer Mikroebene, also der kleinräumigen Kooperation, ein besonderer Platz eingeräumt werden. Sie kann eine unmittelbare Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sein, die dem Ganzen Bedeutung und Inhalt verleihen kann.

Die politischen Parteien der Magyaren in der Vojvodina legten im vergangenen Jahrzehnt verschiedene Autonomiekonzepte und theoretische Entwürfe vor. Konkrete Schritte unternahm jedoch nur der Verband der Vojvodina-Magyaren (*Vajdasági Magyar Szövetség*, VMSZ). In acht kommunalen Selbstverwaltungen hat diese Organisation die entscheidende Führungsrolle. Sie errichtete als Vertretungskörperschaft der Personalautonomie aus den gewählten ungarischen Abgeordneten der verschiedenen Repräsentativkörperschaften den Provisorischen Ungarischen Nationalrat (*Ideiglenes Magyar Nemzeti Tanács*), er wurde jedoch bisher weder in Ungarn noch in Jugoslawien anerkannt. Der Nationalrat erarbeitete bislang in den Bereichen Massenkommunikation, Bildung und Unterricht die nationale

Strategie im Hinblick auf die gegenwärtigen sowie mittelfristig zu erwartenden Rahmenbedingungen. Das Dokument des Bundes über die Selbstbestimmung wiederum würde sich für jede nationale Gemeinschaft in der Vojvodina eignen, sich ähnlich zu organisieren, um die eigenen Interesse zu vertreten. Eine Provinz Vojvodina, die über größere territoriale, wirtschaftliche und politische Autonomie verfügt, könnte viele Probleme lösen, die derzeit Serbien und Jugoslawien Kopfzerbrechen bereiten; es müßte nur endlich der noch immer spürbare klaustrophobische Verfolgungswahn überwunden werden, den die großen Nationalismen und Chauvinismen verursachen.

Über die Situation seit dem Sturz von Milošević

Die Lage in Jugoslawien beziehungsweise Serbien ist seit Miloševićs Sturz durch folgende Merkmale charakterisiert, welche die Entwicklung des Landes belasten: Die Produktion auf Landesebene ist auf die Hälfte derjenigen des Jahres 1989 zurückgegangen, die Industrieproduktion sogar auf ein Drittel. Der Durchschnittslohn liegt unter 90 DM monatlich, und die Auslandsverschuldung übersteigt das gesellschaftliche Gesamtprodukt. Der Außenhandel ist fast vollständig zusammengebrochen, der Wechselkurs des Dinars schwankt stark und die Inflation ist hoch. Zudem ist das Land nicht in den internationalen Finanzorganisationen vertreten.

Elend und ein leerer Magen dürften schlechte Ratgeber sein, wenn es – wie derzeit – gilt, den Weg und eine praktische Antwort auf die Frage zu finden, wie es nun weitergehen soll.